

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl., monatl. 4,00 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl., monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl., Danzig 8 zl., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr., Danzig 10 bzm. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzm. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakatvorwahl und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Oeffertengebühr 100 gr. — Für das Erlösen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postscheckkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 205.

Bromberg, Donnerstag den 8. September 1932.

56. Jahrg.

Zeitgemäße Trost-Worte

von Jean Paul.

Aus der Untersuchung: „Über die Wüste und das gelobte Land des Menschengeschlechts“.

Das gestörte Gleichgewicht der eigenen Kräfte macht den einzelnen Menschen elend, die Ungleichheit der Völker macht die Erde elend; sowie alle Blüte aus der Nachbarschaft der Ebbe und Flut des Alters entstehen und alle Stürme aus ungleichen Lustverteilungen. Aber zum Glück liegt es in der Natur der Berge, die Täler zu füllen.

Bei der furchterlichen Ungleichheit der Völker in Macht, Reichtum, Kultur kann nur ein allgemeines Stürmen aus allen Komplexen sich mit einer dauerhaften Windstille beschließen. Ein ewiges Gleichgewicht von Europa sieht ein Gleichgewicht der vier übrigen Weltteile voraus, welches man, kleine Librationen abgerechnet, unserer Augel versprechen kann. Man wird künftig ebensowenig einen Wilden als eine Insel entdecken. Ein Volk muß das andere aus seinen Töpfeljahren ziehen. Die längsten Regenmonate der Menschheit — welche in die Völkerpflanzungen allzeit fielen, sowie man Blumen allzeit an trübsten Tagen versezt — haben ausgewittert. Noch steht ein Gespenst aus der Mitternacht da, das weit in die Zeiten des Lichts hereinreicht — der Krieg. Dieses lange Gewitter, das schon seit sechs Jahrtausenden über unserer Augel steht, stürmt fort, bis Wolken und Erde einander mit einem gleichen Maß von Blitzmaterialien vollgeschlagen haben. Alle Völker werden nur in gemeinschaftlicher Aufbrausung hell; und der Niederschlag ist Blut und Totenknochen. Wäre die Erde um die Hälfte verengert, so wäre auch die Zeit ihrer moralischen und physischen Entwicklung um die Hälfte verkürzt.

Mit den Kriegen sind die stärksten Hemmketten der Wissenschaften abgeschnitten. Sonst waren Kriegsmaschinen, die Sämaschine neuer Kenntnisse, indem sie alte Erkenntnisse unterdrücken, jetzt ist's die Presse, die den Samenstaub weiter und sanfter wirkt. Statt eines Alexander braucht nun Griechenland nichts nach Asien zu schicken als einen Seher; der Groberer pelzt, der Schriftsteller säet.

Es kommt einmal ein goldenes Zeitalter, das jeder Weise und Tugendhafte schon jeho genießet, und wo die Menschen es leichter haben, gut zu leben, weil sie es leichter haben, überhaupt zu leben, — wo einzelne, aber nicht Völker sündigen — wo die Menschen nicht mehr Freunde (denn diesen Honig ziehen sie aus jeder Blume und Blattlaus), sondern mehr Tugend haben — wo das Volk am Denken, und der Denker am Arbeiten Anteil nimmt, damit er sich die Hellenen erspare — wo man den kriegerischen und juristischen Mord verdammt, und nur zuweilen mit dem Fluge Kanonenkugeln aufsackt. —

Wenn diese Zeit da ist, so stockt beim Übergewicht des Guten die Maschine nicht mehr durch Reibungen. — Wenn sie da ist: so liegt nicht notwendig in der menschlichen Natur, daß sie wieder aussäte und wieder Gewitter aufziehe (denn bisher lag das Ede bloß im fliehenden Kampf mit dem übermächtigen Schlimmen), sowie es nach Forster auch auf der heißen St.-Helena-Insel kein Gewitter gibt.

Wenn diese Zeit kommt, dann sind unsere Kinder — nicht mehr. Wir stehen jeho am Abend und sehen nach unserem dunklen Tag die Sonne durchglühend untergehen, und uns den heiteren stillen Sabattag der Menschheit hinter der letzten Wolke versprechen; aber unsere Nachkommenschaft geht noch durch eine Nacht voll Wind und durch einen Nebel voll Gift, bis endlich über eine glücklichere Erde ein ewiger Morgenwind voll Blütengräser, vor der Sonne ziehend, alle Wolken verdrängend, an Menschen ohne Seufzer weht. Die Astronomie verspricht der Erde eine ewige Frühling-, Tag- und Nachtgleiche, und die Geschichte verspricht ihr eine höhere; vielleicht fallen beide ewige Frühlinge ineinander.

Wir Niedergesunken, da der Mensch unter den Menschen verschwindet, müssen uns vor der Menschheit erheben. Wie man mit Lichtern nachts über die Alpen von Eis reiset, um nicht vor den Abgründen und vor dem langen Wege zu erschrecken: so legt das Schicksal Nacht um uns, und reicht uns nur Fackeln für den nächsten Weg, damit wir uns nicht betrügen über die Klüfte der Zukunft und über die Entfernung des Ziels. — Es gab Jahrhunderte, wo die Menschheit mit verbundenen Augen geführt wurde — von einem Gefängnis ins andere; es gab andere Jahrhunderte, wo Gespenster die ganze Nacht polterten und umstürzten, und am Morgen war nichts verrückt; es kann keine anderen Jahrhunderte geben, als solche, wo Einzelwesen sterben, wenn Völker steigen, wo Völker zerfallen, wenn das Menschengeschlecht steigt; und wo dieses selbst sinkt und stürzt und endigt mit der verstiebenden Augel ... Was tröstet uns? —

Ein verschleiertes Auge hinter der Zeit, ein unendliches Herz jenseits der Welt. Es gibt eine höhere Ordnung der Dinge, als wir erweisen können — es gibt eine Vorsehung in der Weltgeschichte und in eines jeden Leben, welche die Vernunft aus Kühnheit leugnet und die das Herz aus Kühnheit glaubt — es muss eine Vorsehung geben, die nach anderen Regeln, als wir bisher zum Grunde legten, diese verwirrte Erde verknüpft als Tochterland mit einer höheren Stadt Gottes.

Weitere Umbildung der polnischen Regierung?

Wie die Warschauer Presse mitteilt, ist die polnische öffentliche Meinung von der Demission der Minister Jan Piłsudski und Kühn überrascht worden. Es sei möglich, daß die Demission des Verkehrsministers Kühn mit den polnisch-französischen Komplikationen bei dem Bau der Kohlenmagistrale Schlesien-Gdingen im Zusammenhang steht. Minister Kühn hat sein Portefeuille seit dem 1. Juni 1928, also vier Jahre lang innegehabt. Jetzt könnte er sein Amt als Präsident der Direktion der städtischen Straßenbahnen in Warschau wieder übernehmen, da er seinerzeit einen unbeschränkten Urlaub erhalten hatte. Er soll aber für den Posten des ersten Regierungskommissars der Hauptstadt vorgesehen sein. Die Kommentare der Warschauer Presse heben hervor, daß Ingenieur Dutkiewicz nur zum Leiter des Verkehrsministeriums ernannt worden sei. Dies bediente, daß noch weitere Änderungen eintreten werden.

Mit der Demission des Finanzministers Jan Piłsudski habe man schon längst gerechnet. Es heißt, daß er das Portefeuille des Justizministers nach dem Rücktritt des Herrn Michałowski übernehmen werde.

Auch der zum Regierungsbloc gehörende „Kurier Pomerany“ kündigt für die nächsten Tage weitere Änderungen in der Regierung an, da „die Minister überarbeitet“ seien. Selbst der Ministerpräsident sei bereit, sein Portefeuille gegen ein anderes zu vertauschen. Erwartet werde auch eine Änderung auf dem Posten des Ministers für Arbeit und öffentliche Fürsorge. Der gegenwärtige Minister Hubicki soll durch den Wojewoden Paciorowski oder durch den Vize-minister Różnowski ersetzt werden.

In politischen Kreisen spricht man sogar wieder einmal davon, daß Professor Bartel und General Sosnkowski zur Mitarbeit an der Regierung herangezogen werden sollen. Derartige Neugkeiten sind aber wohl nichts anderes als Versuchsschallons, die vom Sanierungs-lager ausgesandt werden, um die Stimmung über eventuelle Möglichkeiten auszukundschaften.

Für die kommende Sejmssession

rüsten sich die einzelnen Ministerien zu einer ganzen Reihe von verschiedenen Gesetzesvorlagen, die auf dem Wege durch das Parlament erledigt werden sollen. Das Inneministerium will dem Sejm das kleine Selbstverwaltungsgesetz vorlegen, dem Außenministerium geht es um die Ratifizierung mancher Abkommen, u. a. des polnisch-russischen Nichtangriffspakts und um Bewilligung einiger Zusatzredite, da angeblich die polnische Abstimmungsdelegation zuviel Ausgaben verursacht hat. Das Wohlfahrtsministerium hat Reformen des sozialen Versicherungswesens in Vorbereitung.

Im kommenden Jahre läuft bekanntlich die Amtszeit des Staatspräsidenten Moscicki ab.

Im Zusammenhange damit waren seit langem Gerüchte im Umlauf, daß Professor Moscicki nach Ablauf der Kadenz nicht wieder kandidieren werde. Tatsächlich erfährt man jetzt, daß Staatspräsident Moscicki im Laufe eines kürzlich stattgefundenen Gesprächs mit Marschall Piłsudski die Absicht geäußert haben soll, er wünsche sich nach Ablauf seiner Amtszeit ganz aus dem politischen Leben zurückzuziehen. Marschall Piłsudski soll ihn jedoch gebeten haben, wenigstens noch ein Jahr lang über die Kadenz hinaus im Amt zu bleiben. Angeblich soll der Staatspräsident sich hierzu bereit erklärt haben.

„Was jeder Pole, der ins Ausland fährt, wissen muß“.

Ein Merkblatt.

Die polnischen Pächter händigen in der letzten Zeit an solche Personen, die ins Ausland reisen und einen polnischen Auslandspass in Empfang nehmen, kleine Druckschriften aus, die den Titel tragen: „Was jeder Pole, der ins Ausland fährt, wissen muß“. Diese Druckschrift ist von dem „Polnischen Institut zur Zusammenarbeit mit dem Ausland“ herausgegeben. Der Inhalt besteht zunächst aus historischen, geographischen, Wirtschafts- und sozial-politischen Angaben über Polen. Einen weiten Raum nehmen politische Dinge ein, wie die Rolle des Marschalls Piłsudski und seiner Regierung usw. Schließlich wird auch auf die Korridorfrage eingegangen und die in dem Buch gestellte Frage: „Warum gestattet Polen nicht, seine Rechte auf Pommern, Posen und Oberschlesien in Frage zu stellen?“ wird geantwortet: „1. Pommern ist ein Land mit polnischer Bevölkerung. Selbst die vorwiegend durchgeföhrte deutsche Statistik wies eine polnische Mehrheit in Pommern auf. Heute beträgt die polnische Bevölkerung dort mehr als 88 Prozent. Pommern ist unser einziger Zugang zum Meer. 2. Posen, der älteste Gebietsstiel Polens, ist ein Land des polnischen Stammes, die deutsche Minderheit beläuft sich dort auf etwa 12 Prozent. Posen ist der historische Kern Polens. 3. Oberschlesien wurde Polen auf Grund der Volksabstimmung des Jahres 1921 zuerkannt und ist ein Land mit weitauß überwiegender polnischer Mehrheit von 79 Prozent.“

In der Schrift wird weiterhin auf die polenfeindliche Agitation Deutschlands eingegangen und die Bedeutung des Zuganges zum Meere für Polen hervorgehoben. Auf die Frage, welche Antwort man auch nur bei der kleinsten Erwähnung der sogen. Korridorfrage geben soll, lautet die Anweisung: „Diese Frage besteht für Polen nicht.“ Es wird weiter der Gdingener Hafenbau verteidigt und behauptet, daß das Ziel der Aktion gewisser deutscher Kreise sei, Polen vom Meere abzuschneiden, dadurch seine Unabhängigkeit unmöglich zu machen und außerdem sich (Deutschland) hauptsächlich zu kriegerischen Zwecken eine Verbindung mit Sowjetrussland herzustellen. Der Plan eines Austausches Pommerns gegen Litauen sei völlig unreal, da Polen nicht ohne Pommern bestehen könne. Nach einer näheren Behandlung der Wilna-Frage, in der die Aktion General Zieliński als völlig legal und vom Botschafterrat durch seinen Beschluß vom 15. März 1923 über die Ostgrenze Polens als anerkannt bezeichnet wird, wird eine Erklärung der Frage der nationalen Minderheit gegeben. Über die

inneren polnischen Gesetzgebung in größerem Maße, als es sich aus der genauen Anwendung des sogen. „kleinen Versailler Vertrages“, d. h. des Vertrages über den Schutz der Minderheiten, der von Polen zusammen mit dem Friedensvertrag unterzeichnet wurde, ergibt. Der Minderheitenvertrag verpflichtet Polen lediglich zur Aufrechterhaltung deutscher Volksschulen und auch das nur im ehemals preußischen Teilgebiet. In Wirklichkeit unterhält der polnische Staat öffentliche Volksschulen in einer bedeutenden Anzahl auch außerhalb des ehemals preußischen Teilgebietes, ferner staatliche deutsche Mittelschulen. Was die deutsche Minderheit betrifft, so ist der beste Beweis für die Sorge der polnischen Behörden um ihre freie nationale und kulturelle Entwicklung die Zahl der in Polen bestehenden deutschen Schulen. Es gibt in Polen 818 deutsche Schulen, die von 75 500 Schülern besucht werden, was 71,8 Prozent aller deutschen Schulkinder aus Polen ausmacht. Von diesen Schulen unterhält der polnische Staat 539 mit über 56 000 Schülern.“

Kurz danach heißt es über die Lage der

polnischen Minderheit in Deutschland:

„Die polnische Minderheit in Deutschland beschwert sich über ihre schlechte Lage, die durch eine ganze Reihe von Anordnungen und Spezialgesetzen verursacht wird, welche von den deutschen Behörden erlassen werden und zum Ziele haben: Erschwerungen beim Erwerb von Grund und Boden, Unterstützung des Baues nur solcher Häuser für Landarbeiter, die für die Bevölkerung deutscher Abkunft — lies: nicht-polnischer — bestimmt sind, die Ansiedlung von Deutschen an der Grenze gegen Polen usw. Die polnische Minderheit in Deutschland bezifert sich selbst nach deutschen Quellen auf über 985 000. Ihr stehen lediglich 28 Volksschulen zur Verfügung und zwar ausschließlich auf dem Gebiete Oberschlesiens, wo noch die Genseiter Konvention verpflichtet. Deutschland unterhält keine Schulen für die deutsche Minderheit Oberschlesiens.“

Zum Schlüß wird noch kurz auf Pazifismus und Abrüstungsfrage eingegangen und eine Antwort in polnischem Sinne gegeben.

Zu dem zweiten Teil des vorliegenden Merkblatts des „Polnischen Instituts zur Zusammenarbeit mit dem Ausland“ dürfen wir wohl Stellung nehmen, da diese Absätze verschiedene Ansichten des genannten privaten Instituts äußern, die sich mit Minderheitenfragen, also mit unseren ureigensten Angelegenheiten befassen und einer sachlichen Richtigstellung bedürfen.

Es macht sich immer hübsch, wenn man seine Behauptungen mit Zahlen belegt; aber wer kann solche Angaben immer nachzählen? Es wird behauptet, es gebe in Polen 818 deutsche Schulen, davon 539 staatliche. Der Stichtag wird nicht angegeben. Uns kommt eben eine Veröffentlichung über das deutsche Minderheitenschulwesen in Polen nach dem Stand vom 1. Dezember 1931 vor Augen, die wir im 2. Quartalsheft 1932 der „Kulturwelt“, dem Organ der polnischen Minderheit in Deutschland, veröffentlicht finden. Das ist gewiß eine unverdächtige Quelle, und die Angaben beruhen offenbar auf amtlichen

deutsche Minderheit in Polen

heißt es in der Schrift wörtlich:

„Polen gewährt sowohl durch seine innere Gesetzgebung wie auch durch seine internationalen Verpflichtungen seinen Minderheiten eine freie kulturelle und materielle Entwicklung. Die Vorwürfe also, daß der deutsche Minderheit in Polen Unrecht geschieht, sind völlig grundlos: die deutsche Minderheit in Polen genießt die Freiheiten aus der Verfassung der Republik und

Grundlagen. Dort lesen wir: „Das Schulwesen der deutschen Minderheit in Polen zeigt nach dem Stand vom 1. Dezember 1931 folgendes Bild:

1. öffentliche Volksschulen mit deutscher Unterrichtssprache 459 Schulen mit 38 148 Schülern,
2. öffentliche Volksschulen mit deutscher und polnischer Sprache 37 Schulen mit 3710 Schülern,
3. unter den Mittelschulen werden 10 staatliche und kommunale höhere Schulen mit 1793 Schülern angeführt.

Das sind zusammen 506 staatliche Schulen mit 43 646 Schülern statt der angegebenen 539, die nach dem Merkheft der Staat unterhalten will. Dabei haben wir die Schulen „mit deutscher und (!) polnischer Unterrichtssprache“ — die wir nicht als „deutsche“ ansehen, stehen lassen. Das heute, im Herbst 1932, die Zahl der deutschen Schulen unter dem Zeichen der Sparsamkeit sich erheblich weiter verringert hat, sei nebenbei bemerkt. Und auch daran darf wohl erinnert werden, daß sich ein inzwischen verstorbener polnischer Kultusminister ausdrücklich zur Entdeutschungspolitik bekannt hat.

Errechnet wird, daß 71 Prozent aller deutschen Schulkinder in Polen deutsch besucht werden. Wie diese Zahl errechnet wird, bleibt völlig dunkel. Fest steht jedenfalls, daß die sorgsamst durchgeföhrten privaten Zählungen, die Paul Dobbermann im Auftrage der deutschen Abgeordneten in den Wojewodschaften Thorn und Posen durchführte, ganz andere Zahlen ergeben. Danach waren am 1. Dezember 1930 von insgesamt 84 827 deutschen Volksschulkindern deutsch besucht (in staatlichen und privaten Volkschulen) in Posen 86,4 Prozent, in Pommern nur 82,7 Prozent. Der Nachweis, daß diese Zahlen irrig sind, ist von polnischer Seite noch nicht einmal versucht worden. Da es in den andern Wojewodschaften, ganz besonders in Kongresspolen, noch wesentlich schlimmer mit der Beschulung der deutschen Kinder aussieht, erscheinen unsere Zweifel in die Angaben des privaten polnischen Instituts mehr als berechtigt.

Merkwürdig sind auch die Zahlen über die Schulverhältnisse der polnischen Minderheit in Deutschland. Wir lesen erstaunt von „lediglich 28 Volksschulen“. Wir können — auch hier nach polnischen Veröffentlichungen — feststellen, daß am 1. Juli 1931 allein in Oberschlesien vorhanden waren 25 staatliche und 9 private polnische Minderheitsschulen; in den Regierungsbezirken Allenstein, Marienwerder, Schneidemühl gab es weitere 58 private polnische Volkschulen. Das sind 92 Schulen, statt der angeblich, allein zur Verfügung stehenden 28! Diese Art der Gegenüberstellung von hüben und drüben stärkt nicht unser Vertrauen in die Zuverlässigkeit der Rechenmethoden des „Polnischen Instituts zur Zusammenarbeit mit dem Auslande“.

Das Wichtigste aber wird nicht erwähnt: das ist die Zahl der vorhandenen Schulen im Verhältnis zu den Wünschen der Bevölkerung. In Preußen gestattet die äußerst freiheitliche Schulverordnung überall dort eine private Schule mit polnischer Unterrichtssprache zu errichten, wo gewisse sehr mäßige Bedingungen erfüllt sind. Insbesondere gibt es keine Prüfung, ob die Schule einem Bedürfnis entspricht oder nicht. Wo sich eine gewisse, gering bemessene Zahl von Schülern zusammenfinden, wo ein Raum, der billigen Anforderungen genügt, nachgewiesen wird, muß eine Privatschule genehmigt werden. Entscheidend ist also lediglich der Wille der Minderheit. Und dann erhält diese Schule noch einen staatlichen polnischen Lehrer! Wenn nicht mehr Privatschulen entstanden sind, so ist offenbar das Bedürfnis bei der Bevölkerung nicht vorhanden oder nicht geäußert. Das Märchen vom Terror gegen die „eingeschüchterte“ Bevölkerung zieht nicht mehr. Auch bei den Wahlen äußern sich die Wünsche der polnischen Minderheit nur zu einem Bruchteil im polnischen Sinne.

In Polen dagegen gibt es kein Sonder-Schulgesetz, daß das Schulwesen der deutschen Minderheit vor den übrigen Staatsbürgern als Minderheit herausnimmt, wie es in Preußen geschieht; in Polen wird die deutsche Minderheit in ihrem Willen gehemmt, sich auf eigene Kosten Schulen zu errichten. In Polen nehmen alle Amtsstellen in Anspruch, das Bedürfnis nach einer Schule mit deutscher Unterrichtssprache zu prüfen, und dies Bedürfnis wird verneint, wenn deutschen Kindern in einer staatlichen Schule zwei bis vier Stunden evangelischer Religionsunterricht und deutscher Schreib- und Leseunterricht erteilt wird! Die geprägte Freiheit der deutschen Eltern in Polen findet an den traurigen Vorgängen in Dirschau eine merkwürdige Beleuchtung. Dort werden an 140 deutsche Kinder seit einem Jahr von ihrer Schule ferngehalten! Unter den Gründeln, die der Herr Minister vor einem Jahr für die Schließung der Dirschauer Schule angegeben hatte, war auch die Ungeeignetheit des Gebäudes genannt. Leider ist es wahr, daß jetzt, nachdem man die Deutschen ohne vorangegangene Klündigung exmittierte, dieselben Räume von einer polnischen Handelschule benutzt werden und für diese geeignet sind. In Mewe aber steht als Gegenstück dazu ein völlig neu erbautes deutsches Schulhaus über ein Jahr völlig leer, und die deutschen Kinder dürfen es nicht benutzen, weil in Mewe die Errichtung einer deutschen Schule nicht erlaubt wird. Das alles sind doch recht beachtenswerte Tatsachen, die dem Merkheft als Ergänzung beigegeben werden könnten.

Wenn dort zum Schluss — nach der Schilderung unserer paradiesischen Lage — auf Erschwerung beim Erwerb von Grund und Boden durch die polnische Minderheit in Deutschland hingewiesen wird, so wäre es schon angebracht, diese Behauptungen mit Material zu belegen. Sollten solche Erschwerungen hier und da vorgekommen sein, so stehen wir nicht an, das aufrichtig zu bedauern; aber selbst wenn die Behauptung allgemein stimmen würde, sie keinen Vergleich mit den Liquidationen, Annulationen, Agrarreform-Maßnahmen, Auflassungs-Schändigkeiten und Konzessions-Entziehungen, die bei uns Deutschen in Polen die ungeheure Abwanderungswelle von nahezu einer Million Einwohnern dieses Landes so groß werden ließ. Es ist wirklich nicht verständlich, wie ein Institut, das sich die „Zusammenarbeit mit dem Auslande“ zur Aufgabe setzt, bei solchen Gelegenheiten sich darüber entrüstet, daß Deutsche in den deutschen Grenzmarken angesiedelt werden, während auf polnischer Seite, hier im ehemals preußischen Teilgebiet jene vielen Hundertausenden von Deutschen, die sich zur Abwanderung genötigt sahen, durch polnische Einwanderer aus den östlichen Gebieten ersetzt wurden. Die angestrebte Verstärkung des deutschen Elements in den

deutschen Ostgebieten hat eine Verdrängung der dort wohnenden Polen nicht zur Folge. Zur Auswanderung wurde nur ein Teil der polnischen Optanten gezwungen, und das geschah auf Grund eines deutsch-polnischen Optanten-Abkommens, bei dem die deutsche Seite für das Verbleiben der Optanten eintrat, sofern diese es wünschten. Eine Verdrängungspolitik gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland ist zum Glück nicht nachweisbar. Hätte sie den Umfang der Entdeckung der polnischen Westgebiete angenommen, deren sich die polnische Presse nicht genug zu rühmen weiß, dann würde es hente überhaupt keinen Polen mehr auf deutschem Boden geben!

Eine neue Rede Schlechers.

Elbing, 6. September. (WTD.) Reichswehrminister von Schleicher hielt heute nach dem Abschluß der Divisionsmanöver eine Ansprache an die Pressevertreter, in der er u. a. ausführte: Die Provinz Ostpreußen fühle sich besonders bedroht. Unleugbar sei zweierlei notwendig, einmal eine moderne Bewaffnung, die darum nicht mehr zu kosten brauche, zum anderen aber, daß jeder einzelne Ostpreuße für die Zukunft wisse, wie und wo er sein Vaterland im Ernstfalle zu verteidigen habe. Anspruch auf Verteidigung des Landes, wie man ihn zum Beispiel der Schweiz zubillige, müsse auch Deutschland, insbesondere Ostpreußen, erheben dürfen. Das Recht eines jeden Staates, sich im Angriffsfalle zur Wehr zu setzen, gebühre auch Deutschland. Jede deutsche Regierung habe das Recht und die Pflicht, für die Lösung dieses Problems einzutreten.

Anschließend gab der Reichswehrminister auf Anfrage eines Pressevertreters noch die Erklärung ab, daß die Regierung auf jeden Fall das durchführen werde, was für die nationale Verteidigung notwendig ist. Er könne Ostpreußen versichern, daß alle Mittel zu seiner Verteidigung im Notfall auf dem Seeweg beschafft würden.

Deutschland lasse es sich nicht länger gefallen, als eine Nation zweiter Klasse behandelt zu werden.

Englische Pressestimme.

London, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die „Morning-Post“ beschäftigt sich mit der Rede Schlechers und weist darauf hin, daß Ostpreußen die den Angriffen am meisten ausgesetzte Provinz Deutschlands ist. Deutschland könnte viele polnische Persönlichkeiten und Zeitungen nennen, die die Einverleibung Ostpreußens in Polen verlangten.

Die Generaldebatte in Stresa.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau

Südwest-Europas

Stresa, 7. September.

Gestern vormittag trat das Komitee für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Südwest-Europas zu der angekündigten Generaldebatte zusammen. Als erster meldete sich der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Posse, zum Wort. Er wies darauf hin, daß durch die Lausanner Protokolle die Aufgaben dieser Konferenz eindeutig bestimmt worden seien. Nach seiner Meinung liege das Hauptproblem in der Lösung der landwirtschaftlichen Schwierigkeiten, aus der sich dann eine Regelung der finanziellen Fragen von selber ergeben würde. Wenn es gelänge, die Kaufkraft der Bevölkerung der Agrarländer so zu stärken, daß Steuern in ausreichendem Maße gezahlt werden könnten, würden leichten Endes auch die Schwierigkeiten der Staaten erleichtert werden. Der deutsche Vertreter schlug die Gründung eines wirtschaftlichen Unterkomitees vor, um so rascher zum Ziel der Konferenz zu gelangen.

Der zweite Redner in der Generaldebatte war der polnische Delegierte Rose. In mehr als einstündiger Rede betonte er, daß energische Taten, nicht sterile Resolutionen erforderlich seien. Um zu einer wahren Gesundung zu gelangen, müsse man vor allem die Handelsbilanzen dieser Staaten regeln. Zur Frage der Präferenzen bemerkte der polnische Delegierte, man dürfe nicht vergessen, daß die in Betracht kommenden Länder auch Schuldenstaaten seien. Auf die Dauer werde es unmöglich sein, den Agrarländern die Schaffung eigener Industrien zu verbieten. Die Überbevölkerung der Agrarländer habe zu einer solchen Vereindlung geführt,

dass die Kaufkraft nur durch eine eigene Industrie wieder gesteigert werden könne.

Wenn dies aber nicht geschehe, sei es den Agrarländern unmöglich, zu Abnehmern der Industrieprodukte der westlichen Länder zu werden. Als Beispiel führte er die Tschechoslowakei an. Die finanzielle Notlage sei auf folgende Hauptgründe zurückzuführen: Für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Staaten habe man sämtliche Kapitalien gebraucht, die dadurch immobilisiert worden seien. Durch den katastrophalen Sturz der Weltmarken sei es unmöglich geworden, diese Kapitalien wieder zu mobilisieren.

Abschließend schlug der polnische Delegierte folgende Hilfsmittel für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts vor:

1. Schaffung von Kontingenzen für den Ausfuhrüberschuss nach den Gläubigerländern,
2. Schaffung von allgemeinen Präferenzen und
3. eine Umwandlung der kurzfristigen Schulden in eine Obligationsschuld.

Diese Anleihe könnte auf den Hauptgeldmärkten aufgenommen werden, und zwar für jeden Staat getrennt. Es wäre wünschenswert, wenn sie von der Regierung der Schuldenstaaten, wenn möglich auch von den Regierungen der Gläubigerstaaten, garantiert werden könnte.

Der britische Gesandte Addison erklärte sodann in scharfen Worten,

dass das Hilfsmittel die Beseitigung der Einführungsschwierigkeiten und vor allem die Herabsetzung der Zölle sei.

Denn durch die jetzige Wirtschaftspolitik würde die Wirtschaft einschließlich abgewürgt. Er bezog sich auf die Aussführungen des deutschen Delegierten und gab ihm durchaus recht, daß nur durch eine Regelung der Wirtschaft die finanziellen Schwierigkeiten behoben werden könnten. (Über die Konferenz von Stresa und ihre Vorgeschichte siehe auf Beiblatt 3. Seite. — Die Schriftl.)

Die ersten Wahlergebnisse aus Dänemark.

Kopenhagen, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Bei den am Dienstag in Dänemark abgehaltenen Wahlen zum Landsting in den drei Wahlkreisen Kopenhagen, Fünen und Nordjütland haben die Konservativen von den radikalen Bürgerlichen (Demokraten) ein Mandat gewonnen, während sich die Konservativen in Kopenhagen und auf dem Lande nicht nur gut gehalten, sondern in Kopenhagen sogar etwa 20 000 Stimmen mit 23 Wahlmännern gewonnen haben. Die Sozialdemokraten haben in Kopenhagen ebenfalls Stimmenzuwachs erhalten und werden 41 Wahlmänner haben, während die Demokraten bei ganz geringem Stimmenzuwachs sechs Wahlmänner verlieren. Bemerkenswert ist auch, daß die Kommunisten und die ausgedehnte Randers-Bewegung nicht den Erfolg hatten, den man erwartete. Das Landsting wird sich jetzt wie folgt zusammensetzen:

Konservative	13 (bisher 12)
Benstre	28 (bisher 28)
Sozialdemokraten	27 (bisher 27)
Demokraten	7 (bisher 8)
Färöisches Mandat	1 (bisher 1)

d. h. die Opposition aus Konservativen und Benstre wird um ein Mandat gestärkt werden und 41 betragen gegen 34 Mandate der Regierungsparteien.

Ministerpräsident Stauning erklärte bereits am Dienstag, die Regierungsparteien hätten im Landsting nicht die Stärkung erreicht, die seiner Ansicht nach während der jetzigen Krise wünschenswert gewesen wäre. Aus diesen Äußerungen Staunings hört man deutlich seine Enttäuschung heraus. Jedenfalls ist die rote Welle im Landsting aufgehalten worden. Die Bürgerlichen haben dort die Mehrheit, die sogar noch um ein Mandat gestärkt wurde.

Schultragödie Dirschau.

Ein Gerichtsbeschluß wird mißachtet.

Wir berichteten, daß auf Beschluß des Dirschauer Bürgergerichts die Exmission des Deutschen Schulvereins aus dem St. Georgenhospital eingestellt wurde und eine gerichtliche Entscheidung der Angelegenheit auf den 8. November angesezt worden ist. Damit wurde die bisherige Sachlage vom Gericht bis zum angegebenen Termin aufrechterhalten, der Deutsche Schulverein fungiert also vorläufig bis zu dem genannten Zeitpunkt weiter als Mieter des St. Georgenhospitals. Jeder rechtlich denkende Mensch muß es daher als eine widerrechtliche Maßnahme ansehen, daß — wie das „Pommersche Tageblatt“ meldet — die Dirschauer Polnische Handelschule in die vom Deutschen Schulverein gepachteten Räume einzog. Es ist kaum anzunehmen, daß die Handelschule ohne vorherige Verständigung mit dem Magistrat, dem Protektor des St. Georgen-Stiftung die Räume bezog. Es muß sich sogar jedem Unbefangenen die Vermutung aufdrängen, daß die Exmission des Deutschen Schulvereins nur deshalb beabsichtigt wurde, um die Räume für die Polnische Handelschule freizubekommen. Bekanntlich wurde seinerzeit das Deutsche Privatgymnasium geschlossen, weil die Räume angeblich nicht genügten. Für die Polnische Handelschule aber sind sie jetzt ausreichend! Die Polnische Handelschule wird sogar in die Räumlichkeiten eingezogen, trotzdem diese noch an den Deutschen Schulverein vermietet sind und dieser Eigentümer der Einrichtung ist. Hat es denn der Vorstand des St. Georgenhospitals nicht nötig, sich an den Gerichtsbeschluß und den daraus entstehenden Verpflichtungen zu halten? Wir überlassen es dem Leser, über diese sonderbaren Praktiken des Magistrats bzw. des Hospitalvorstandes ein Urteil zu fällen.

Kleine Rundschau.

58 Häuser durch Feuer vernichtet.

In dem Dorfe Fallop im Kreise Konin entstand ein Großfeuer, das 58 Häuser vernichtete. Der Schaden übersteigt die Summe von 100 000 Zloty. Das Feuer soll durch einen Pilgerzug verursacht worden sein, der sich nach Czestochowa begab. Einer der Pilger hat in einer Scheune übernachtet und soll durch Unvorsichtigkeit das Feuer verursacht haben.

Brückeneinsturz infolge Hochwassers.

Im amerikanischen Staat Texas hat sich am Sonntag infolge Hochwassers des Rio Grande ein schweres Einsturzunglück ereignet, das zahlreiche Todesopfer forderte. In Laredo stürzte die Eisenbahnbrücke über den Rio Grande, deren Elopseiler vom Hochwasser unterspült waren, plötzlich ein und riß zahlreiche Amerikaner und Mexikaner, die von der Brücke aus das Hochwasser beobachteten, mit in die Fluten. Man glaubt, daß wenigstens 20 Personen den Tod gefunden haben. Bis her konnten nur drei Leichen geborgen werden. Das Unglück ereignete sich vor Tausenden von Büschauern. — Die Männer im Rio-Grande-Tal haben mit ihrem Vieh und ihren Habseligkeiten höher gelegene Gebiete aufgesucht. Das Hochwasser ist im Wachsen begriffen. Militär und Rotes Kreuz haben im Hochwassergebiet Hilfsstationen eingerichtet.

Der Schnellzug Paris—Marseille entgleist.

Der Zug von Paris nach Ventimiglia ist Dienstag vormittag 10 Uhr neun Kilometer hinter Marseille entgleist. Einer der aus den Schienen gesprungenen Wagen stürzte um und ging vollkommen in Trümmer. Acht Reisende wurden durch Holzsplitter und Quetschungen so schwer verletzt, daß sie in hoffnungslosem Zustand in ein Krankenhaus überführt werden mussten. Die Zahl der leichtverletzten ist noch nicht bekannt. Das Unglück ist angeblich auf einen Schienenbruch zurückzuführen.

Der fahrradähnliche Zeppelin.

Friedrichshafen, 7. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf in der Nacht zum Mittwoch um 1.30 Uhr von seiner fünften Südamerikafahrt in Friedrichshafen ein.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 7. September 1932.
Krakau — 2,92, Jawischost + — Warschau + 0,71, Błotnica + 0,55, Thorn + 0,47, Norden + 0,51, Culm + 0,26, Graudenz + 0,50, Kurzefal + 0,74, Bielitz — 0,08, Dirschau — 0,14, Ełkiajce + 2,30, Schneewinkel + 2,48.

Rundschau des Staatsbürgers.

Teilweise Änderungen der Bestimmungen über die Versicherung der geistigen Arbeiter.

Im Dziennik Ustaw Nr. 75 vom 31. August d. J. ist unter Pos. 678 eine Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 20. August erschienen, die eine teilweise Änderung der Verordnung vom 24. November 1927 über die Versicherung der geistigen Arbeiter bringt. Es werden § 16, 17, 18 und 26 der Verordnung vom Jahre 1927 geändert. Dem neuen Wortlaut der geänderten Paragraphen zufolge, ist der Arbeitgeber verpflichtet, ohne Rücksicht darauf, ob der Arbeitnehmer vorher versichert war oder nicht, den Arbeitnehmer anzumelden, sofern er bei ihm wenigstens 14 Tage beschäftigt war. Die Anmeldung hat in den ersten 10 Tagen des Kalendermonats zu erfolgen, der nach der Aufnahme der Arbeit in irgend einem Monat folgt. Die Anmeldung muss vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterschrieben sein. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Einstellung der Arbeit und alle vorkommenden Änderungen im Lohnverhältnis und im Dienst- und Familienverhältnis des Arbeitnehmers zu melden. Der Arbeitgeber muss ferner auf Anforderung des Instituts zur Versicherung geistiger Arbeiter eine Namensaufstellung der bei ihm beschäftigten Arbeiter einfordern. Die für die einzelnen Fälle vorgesehenen Antrags- oder Anmeldeformulare sind im gleichen Dziennik Ustaw als Vorlage veröffentlicht. Die Zusatzverordnung ist am 31. August in Kraft getreten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 7. September.

Teils wolfig, teils heiter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unter Gebiet leichte Abkühlung bei teils heiterem, teils bedecktem Himmel an.

Tödlicher Absturz auf dem hiesigen Flugplatz.

Auf dem hiesigen Flugplatz werden in einem besonderen Kursus zurzeit einige Polizisten ausgebildet, die die erste Polizei-Flugtauffahrt bilden sollen. Einer dieser Polizeipiloten namens Jan Szczęśniak, der aus der Wojewodschaft Stanislaw stammt, unternahm am gestrigen Tage seinen ersten Alleinflug. Dabei kam es aus bisher noch ungeklärtem Grunde zu einem Absturz. Aus den Trümmern des Flugzeuges wurde der schwer verletzte Polizeibeamte geborgen, den man sofort mit Hilfe eines Sanitätsflugzeuges in das Militärkrankenhaus nach Thorn schaffte. Kurze Zeit nach seiner Einlieferung erlöste ihn der Tod von seinen Qualen.

Die Zahl der Arbeitslosen beträgt auf Grund der statistischen Angaben am 3. d. M. 175 727, was einen Rückgang um 11 810 gegenüber der Vorwoche bedeutet.

Eine verbotene Arbeitslosen-Versammlung. Der Abgeordnete Matuszewski hatte für heute nachmittag 3.30 Uhr eine Arbeitslosen-Versammlung in das Lokal von Pater einberufen, in der zu der beabsichtigten Auflösung des Bromberger Bezirks beim Arbeitslosenfonds Stellung genommen werden sollte. Der Burgstarost hat jedoch die Genehmigung für diese Versammlung verweigert mit der Begründung, daß ein ruhiger Verlauf nicht gewährleistet sei.

Einen Unfall erlitt gestern nachmittag gegen 4 Uhr die 8-jährige Rosa Rosenberg, wohnhaft bei den Eltern, Karlstr. (Warszawska) 21. In der genannten Straße kam das Mädchen unter die Autotaxe P. Z. 48 758. Nur dank der Aufmerksamkeit des Chauffeurs Rogowski, der sofort bremste, kam das Kind ohne ernsthafte Verleihungen davon, das übrigens den Unfall durch eigene Unvorsichtigkeit verschuldete.

Eine „Perle“, wie sie nicht sein soll, hatte sich in der Person des 35-jährigen Dienstmädchen Gisela Grzywala vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Diebstahls zu verantworten. G., die aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt wurde, stahl, nach den zahlreichen Diebstählen zu urteilen, die sie auf dem Kerbholz hat, wie ein Rabe. Diefenigen Familien, bei denen die G. als Dienstmädchen beschäftigt war, stellten nach kurzer Zeit an ihrem Schrecken fest, daß auf rätselhafter Weise die verschiedensten Sachen und Hausgegenstände aus der Wohnung verschwanden. Sah dann die Herrschaft der neuen „Perle“ etwas schärfer auf die Finger, so verschwand diese gewöhnlich bei Nacht und Nebel. Das „tückige“ Dienstmädchen brachte es fertig, allein in Bromberg drei Familien um mehrere tausend Zloty zu bestehlen. Ihrer Verhaftung verstand sie sich längere Zeit dadurch zu entziehen, daß sie bei ihren Anstellungen stets falsche Papiere benutzte. Im Juni d. J. konnte dem diebischen Dienstmädchen von der Polizei endlich das Handwerk gelegt werden. Die Angeklagte wurde vom Gericht zu zwei Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre verurteilt.

Wegen Verbreitung von falschen Fünfsłoty-Silbermünzen hatten sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten: der 44-jährige Händler Wincenty Szklarek, seine Geliebte, die 29-jährige Felicia Dworzak und der 20-jährige Arbeiter Arthur Cyryka. Alle drei, die aus dem Untersuchungsgefängnis dem Gericht vorgeführt wurden, sind in Podz wohnhaft. Aus der Anklageschrift geht hervor, daß die Angeklagten am 22. April d. J. in Lublin falsche Fünfsłoty-Silbermünzen im Umlauf gesetzt haben. An dem genannten Tage versuchte die O. auf dem Markt in Lublin und in verschiedenen Geschäften für falsche Fünfsłotystücke Waren und Lebensmittel einzukaufen, was ihr jedoch in nur zwei Fällen gelang. Das Aufsuchen der Falsifikate wurde jedoch sofort der Polizei gemeldet, die darauf die Angeklagte und ihre beiden Komplizen verhaftete. Von der Polizei ins Verhör genommen, gestand die O., daß sie auf der Strecke zwischen Kutno und Podz von einem Unbekannten 150 Stück falsche Fünfsłoty-Silbermünzen für 120 Zloty gekauft habe, um diese hier in den kleinen Städten auf den Märkten in Umlauf zu setzen. Sie selbst sei nicht Herstellerin des Falschgeldes und wisse sie

nicht die Quelle anzugeben, woher dieses stamme. Diese Angaben hält die Angeklagte auch vor Gericht aufrecht. Ihre beiden Komplizen bekennen sich nicht zur Schuld. Sie wollen, wie sie angeben, die O. nur zufällig auf der Reise von Podz nach Bromberg kennen gelernt haben, dem jedoch die Angeklagte selbst widerspricht und den S. als ihren Geliebten bezeichnet. Die polizeilichen Ermittlungen haben übrigens ergeben, daß S. eine etwas reichliche kriminelle Vergangenheit hinter sich hat und den Podz Behörden als Falschgeldverbreiter bekannt ist. Da S. als Haussierer von Ort zu Ort zog, gelang es ihm stets, die Spuren hinter sich zu erwischen. Das Gericht erkannte nach Schluss der Beweiseraufnahme alle drei für schuldig und erurteilte sie, S. zu drei, die übrigen beiden Angeklagten zu je zwei Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von fünf Jahren.

S Selbstmord. Gestern gegen 10 Uhr abends betrat ein junger Mann die Restauration Struensee an der Bahnhofstraße, bestellte sich ein Abendessen, trank zwei Bier und blieb etwa zwei Stunden am Tisch sitzen. Gegen 12 Uhr erhob er sich, ließ Hut und Mantel im Lokal zurück und begab sich auf den zweiten Hof, der an dem Hausgrundstück grenzt. Als nach einiger Zeit der junge Mensch nicht zurückkehrte, begann ihn der Ober auf dem Hofe zu suchen und fand ihn schließlich auf dem Treppenflur mit durchschossener Schläfe. Die herbeigerufene Polizei stellte fest, daß es sich bei dem Toten um den 20-jährigen Gemeindesekretär Stanislaw Komincz handelt, der aus Słonim, Kreis Breslau, stammt. Der Grund zu dem Selbstmord sollen Unterschlagungen sein, die er im Amt begangen hat.

S Selbstmordversuch eines Gefangenen. Einen eigenartigen Selbstmordversuch unternahm in dem Untersuchungsgefängnis der Schlosser Florjan Waldyn, der wegen verschiedener Einbrüche verhaftet ist, die er mit der sogenannten Belzki-Bande ausgeführt hat. So war er bei dem Einbruch bei der Firma „Rifa“ beteiligt, ferner bei dem Einbruch in das Offiziers-Kasino des 62. Infanterie-Regiments. Waldyn hat in seiner Zelle mehrere Nügel verschluckt und auch den Stiel eines Schlüssels. Nachdem eine Untersuchung mit Hilfe von Röntgen-Strahlen vorgenommen worden war, wurde durch den Stadtarzt die Überführung des Gefangenen in das Gefängnis-Pazarett nach Rawitsch zur Vornahme einer Operation angeordnet.

S Die Feuerwehr wurde gestern nachmittags gegen 4.30 Uhr nach Jagdschluß gerufen, wo auf dem Gehöft des Restaurateurs Drzykowski, Brombergerstraße (Saperów) Nr. 75, ein Feuerbrand ausgebrochen war. Die Feuerwehr konnte nach einhalbständiger Tätigkeit wieder abrücken.

S Der heutige Wochenmarkt brachte lebhafte Verkehr. Für Butter forderte man zwischen 10 und 11 Uhr 1,50—1,60, für Eier 1,25—1,30, Weißkäse 0,25, Tilsiterkäse 1,70—1,90. Die Gemüse- und Obstpreise waren wie folgt: Weißkohl 0,08, Rotkohl 0,10, Blumenkohl 0,30—0,50, Kohlrabi 0,10, Möhren 0,05, Tomaten 0,10, Bohnen 0,15, Rote Rüben und Radieschen 0,10, Zwiebeln 0,15, Preiselbeeren 0,40 bis 0,50, Pilze 0,40, Gurken 0,05—0,10, Apfel 0,80—0,50, Birnen 0,40—0,60, Pfirsiche 0,20—0,30. Für Geflügel zahlte man: Enten 3,50—4,50, Gänse 6—8,00, Hühner 1—1,40, Tauben 0,60 bis 0,70. Der Fleischmarkt lieferte Speck zu 1—1,10, Schweinefleisch 0,80—1,00, Rindsfleisch 0,80—0,90, Kalbfleisch 0,50—0,80, Hammelfleisch 0,60—0,80. Für Fische notierte man folgende Preise: Forelle 1,50—1,80, Hechte 1—1,20, Schleie 1—1,20, Plötz drei Pfund 1,00, Bressen 0,50—1,00, Barsch 0,80—1,00, Karauschen 0,80—1,00, Krebse 1,50—2,50.

S In einer Blutlache aufgefunden wurde heute morgen gegen 9 Uhr der Ansiedler Ladenz Novogórski aus Wielno an der Ecke Bahnhof- und Schloßstraße. Man schaffte Novogórski sofort in das Städtische Krankenhaus, wo das Versten einer Schlagader festgestellt wurde. Es wurde sofort eine Operation vorgenommen.

S Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde heute Nacht in dem Fahrradgeschäft Tornow an der Bahnhofstraße verübt. Die Einbrecher gelangten vom Hofe aus durch ein Fenster, das sie gewaltsam aufbrachen, in die an den Verkaufsläden angrenzenden Werkstatt und von dort in den Laden, aus dem sie drei Herrenfahrräder, ungefähr 30 Stück Torpedonaben und einige Pedale im Gesamtwerte von ca. 2000 Zl. entwendeten. Sie öffneten dann die Ladentür und gelangten so auf die Straße. Die Spitzbuben hatten außerdem die Schreibstifte durchwühlt, ohne jedoch etwas zu finden.

V Argenau (Gnielkowo), 6. September. Ein kleines Mädchen wurde heute früh von einem Lastauto in der Thornerstraße angefahren und an dem linken Oberarm dermaßen verletzt, daß es sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Der Chauffeur des Lastautos fuhr, ohne sich um das Kind zu kümmern, eiligst davon. — Den Ackerbürgern Clemens und Wolinski haben unbekannte Täter mehr als einen Morgen Kartoffeln ausgegraben und mittels Wagen fortgeschafft. — In den letzten Tagen brach auf noch ungeklärte Weise bei dem Landwirt Wilke in Procyno ein Feuer aus, welches das Wohnhaus und alle Wirtschaftsgebäude sowie das tote Inventar vernichtete. Als die Feuerwehr an der Brandstelle erschien, stand bereits alles in Flammen, so daß nichts mehr gerettet werden konnte. Der Schaden ist nur teilweise durch die Versicherung gedeckt.

Crone (Korowno), 6. September. Am 18. d. M. findet im Lokal des Hotels Nowak um 10 Uhr vormittags ein Holztermin in der Oberförsterei Stronno statt. Zum Verkauf kommen Kiefernbauhölz 1.—4. Klasse, 200 Raummeter Kloben und Kuhdhöls aus allen Revieren der Oberförsterei. — In der Zeit vom 21. August bis 1. September wurden zur Anmeldung gebracht: zwölf Geburten (sechs männliche und sechs weibliche), davon eine Totgeburt, eine Geschlechtung und sechs Sterbefälle.

„00“ Debenke (Debionka), Kr. Wirsitz, 6. September. Gestern mittag brach bei dem Besitzer Malak, Hermannsdorf (Radzisz) ein Feuer aus, welches eine Feldscheune mit der diesjährigen Ernte und eine Maschine vernichtete. Der Schaden dürfte zum Teil durch die Versicherung gedeckt sein. Das Feuer entstand aus unbekannten Gründen.

G Gnesen (Gniezno), 6. September. Bestohlen wurde dieser Tage der Geistliche in Kędzierzyn bei Gnesen. Die Diebe drangen in die Wohnung ein und stahlen einen Silberkasten für 18 Personen, 1 silbernes Zigarettentäschchen, 1 Bigarettenetui und Tischwäsche, ferner einen goldenen Kelch und eine Monstranz. Der Schaden beläuft sich auf 3000 Zloty. Auch wurde der Geistliche in Dziekanowice bestohlen. Er hatte während einer Andacht seine Brieftasche mit 60 Zloty in der Sakristei gelassen. Als er zurückkehrte,

war die Tasche verschwunden. Man konnte den Dieb jedoch ermitteln und ihm die Beute abnehmen.

Z Nowoclaw, 6. September. Schaukastenscheibe zertrümmert. Durch einen heftigen Windstoß fiel am Sonntag mittag die große Reklametafel des Kino „Palac“ auf den Schaukasten des Konsortengeschäfts „Imperial“ in der ul. Krol. Jadwigi und zertrümmerte die Scheibe teilweise.

Auf frischer Tat erwischt wurde am Montag morgen der aus Bromberg stammende 31 Jahre alte Schuhmacher Karl Meder, als er mit noch einem Komplizen die Schaukastenscheibe des Galanteriewaren-Geschäfts Bielikowski an der ul. Krol. Jadwigi einzudrücken versuchte. Meder, der wegen Diebstahls schon einige Male vorbestraft ist, konnte festgenommen werden. Sein Komplize entkam. — Am Freitag vergangener Woche wurde im Dorfe Wola Kozuszkowa bei dem Landwirt Franciszek Guze die Scheune und Stall durch Feuer vernichtet, welches durch aus dem Schornstein herauspringende Funken entstanden ist. Der Schaden beträgt 1000 Zloty. — Auf der Chaussee Chelmce-Radziejow fuhr der 23 Jahre alte Stanislaw Colon mit seinem Rad spazieren und wurde von einem Auto angefahren. Er trug dabei schwere Verletzungen davon, so daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

O Kolmar (Chodzież), 6. September. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein Bericht der Kommission in der Arbeitslosenfrage zur Kenntnis gegeben. Es wurde festgestellt, daß die Verhandlung mit dem Starostwo nicht das gewünschte Ergebnis gehabt habe, weshalb man die Kommission beauftragte, ernste Schritte in dieser Hinsicht zu unternehmen. Weiter wurde die Einrichtung des Viehmarktes nach den gesetzlichen Bestimmungen besprochen. Es wurde ein Besluß gefaßt, indem der Magistrat noch im Laufe dieses Monats mit der Einrichtung zu beginnen hat. Ferner wurde über die Straßenreinigung verhandelt. Der Magistrat hatte auf Grund eines Urteils, welches das höchste Verwaltungsgericht gefällt hat, den Besluß gefaßt, darauf hinzuweisen, daß die Straßenreinigung Pflicht jeden Haushalters ist. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Besluß des Magistrats als widerrechtlich angesehen und fordert den Magistrat auf, in der nächsten Sitzung einen endgültigen Vorschlag in dieser Sache vorzulegen. In den freien Anträgen sprach man über die Versorgung der Kinder der Arbeitslosen mit Kleid und Schulbüchern. Auch wurde die Ausschaltung der ul. Vojska, Zielona, Garncarska, Słusarska, Zdrojowa und Sw. Kraszna beantragt.

Erdal in allen Farben

M Moritzfelde (Murucin), 5. September. Der Landwirtschaftliche Verein Lukowiec veranstaltete am Sonntag, dem 4. September, sein diesjähriges Erntefest im Golzschen Garten, Moritzfelde. Die Einbringung der Erntekrone zum Festplatz hatte viele Büchauer herbeigeflossen. Auf dem Festplatz wurde die Erntekrone vom Vorsitzenden entgegengenommen. Eine Aufführung fand allgemeinen Beifall. Abends wurde im Saale zu Lukowiec weiter gefeiert. Die vorgetragenen Gedichte fanden starken Beifall.

P Posen (Poznań), 5. September. In der fr. Zeppelinstraße wurde die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts gefunden. — In der fr. Fruchtgasse wurde der fünfjährige Edmund Mieginski von einem Brotwagen der Firma „Ceres“ überfahren und so schwer verletzt, daß er auf dem Transport zum St. Josephs-Krankenhaus starb. — Die 20jährige Blinde Sofie Wikowska in Stenschewo unternahm aus Lebensüberdruss einen Selbstmordversuch durch Vergiftung. Sie wurde im Hoffnungslosen Zustand in das hiesige Städtische Krankenhaus geschafft. — Das Opfer eines Radfahrers überfiel, der in Begleitung eines jungen Mädchens war. Drei unbekannte Männer überfielen ihn, richteten ihn durch Messerstiche übel zu und beraubten ihn seiner Tasche von 17 Zloty. Das junge Mädchen erhielt einen Messerstich in den Unterschenkel. Zwei Täter wurden inzwischen ermittelt und festgenommen. — In der St. Martinstraße wurde die 40jährige Elisabeth Włodarczak von einem Radfahrer überfahren und schwer verletzt. Der Radfahrer ist unerkannt geflüchtet. — Auf der Bahnhofsbrücke erfolgte ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Fleischwagen und einer Straßenbahn. Beide Wagen wurden schwer beschädigt. — Bei einem Zusammenstoß mit einem Radfahrer in der Halbdorfstraße trug der Motorradfahrer Sylvester Grzeskowiak schwere Hautabschürfungen davon.

S Sade (Sadki), Kreis Wirsitz, 6. September. In einer der letzten Nächte drangen unbekannte Diebe in den Stall des Besitzers Dreier in Ludwikowo, Kreis Schubin, ein und stahlen zwei schwere Schweine.

Freie Stadt Danzig.

* In der Notwehr erschossen hat der Hauptwachtmeister Wolff vom Landjägereiamt Wernersdorf den 40 Jahre alten Arbeiter Gustav Koschinski. Er drang mit seinem Bitter gleichen Namens in Schönau, Kreis Gr. Werder, in die Wohnung von dessen geschiedener Frau ein und belästigte sie und ihren Vater. Hauptwachtmeister Wolff wurde hinzugerufen und entfernte die beiden Eindringlinge aus der Wohnung. Draußen wurde Wolff von den beiden angegriffen. Der Gummiknöppel wurde ihm entrissen und die beiden Täter versuchten, dem am Boden liegenden Wolff auch die Seitenwaffe zu entreißen. Dagegen gab Wolff in der Notwehr einen Schuß ab und verletzte den Gustav Koschinski tödlich.

Chef-Medakteur: Gottbold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Strzeż; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hefke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 205

Bromberg, Donnerstag den 8. September 1932.

Pommerellen.

7. September.

Graudenz (Grudziadz).

Handwerker-Tagung in Graudenz.

Aus Anlass der Schließung der Lehrlingsausstellung der Handwerkskammer fand Sonntag in Graudenz eine Zusammenkunft der pommerellischen Handwerker statt, zu der 260 Vertreter von Innungen und Handwerkervereinen, sowie mehr als 1000 Lehrlinge erschienen waren. In der Handwerkskammer nahm zunächst Kammerpräsident Jakubowski die Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren derjenigen vor, die für das Kammergebäude Gaben in Geld gespendet haben.

Im Garten des "Goldenen Löwen" wurde sodann für die Handwerkslehrlinge eine Feierlichkeit veranstaltet. Namens des Wojewoden sprach Ingenieur Celiuchowski aus Thorn, namens des Rats des Handwerkskammer-Verbandes dessen Präsident Senator Wieschowicz aus Warschau. Die Hauptrede über handwerkliche Fragen hielt Rat Baranowski aus Thorn.

Ingenieur Celiuchowski überreichte den für die besten Ausstellungsarbeiten prämierten Lehrlingen die für sie gestifteten Preise. Nachmittags fanden Beratungen der Vorsitzenden der Innungen und Handwerkervereine statt. Hierbei sprachen Kammersyndikus Bischoff über "Legale Handwerksausübung", Herr Szulc - Thorn über die berufliche Handwerkerschulung, Herr Ciezyński über "Die Reform der sozialen Versicherungen" und Assessor Michałowski über "Tarife, Entlohnung und Schlüttungskommission". Zum Schlüsse nahm die Tagung eine Resolution an, die die einzelnen Wünsche des pommerellischen Handwerks auf den Gebieten der Lehrlingsausbildung, der industriellen und handwerklichen Gesetzgebung, des Schutzes des Arbeitsmarktes, der Steuergesetzgebung, des sozialen Versicherungswesens und der Preisgestaltung für Monopolartikel äußerte. Es wird darin u. a. verlangt, daß die Lehrlinge in zu erlassenden Ausführungsverordnungen lediglich als schuls- und ausbildungsbedürftige Personen zu behandeln sind; daß das selbständige Handwerksausübung nur physischen Personen erlaubt sein soll; daß die Behörden handwerkliche Arbeiten nicht in eigener Regie ausführen, sondern den selbständigen Handwerkern übertragen sollen; daß die Umsatzsteuerzahlen zur Erhebung von Einspruch gegen die pauschalisierte Steuer berechtigt sind; falls sich der Umsatz gegen die vorhergegangenen Jahre erheblich vermindert hat; daß die sozialen Versicherungsbeiträge erheblich erniedrigt und die ganzen Manipulationen der sozialen Versicherungsgesetzgebung vereinfacht und zusammengelegt werden, und schließlich, daß eine Ermäßigung der Preise für Monopolartikel vorgenommen werden.

Außergewöhnlich trockener August 1932.

Große Dürre und Hitze.

Die Gesamtregenmenge im August d. J. betrug, nach den Aufzeichnungen einer bei Graudenz gelegenen Regenstation, in 6 Regentagen 25,75 Millimeter. Am 2. August war die größte Regenmenge (2,8 Millimeter) zu verzeichnen. Der August 1929 hatte auch sehr geringe Niederschläge, und war 16,5 Millimeter in 5 Regentagen, August 1930 hatte 16,5 in 12 Regentagen, August 1931 hatte 18,75 in 17 Regentagen. In den letzten vier Jahren wurde die Trockenheit des Augusts 1932 nur durch den August 1929 und durch April 1929 (mit 16 Millimeter in 7 Regentagen) übertroffen. Alle anderen Monate hatten erheblich mehr Niederschläge. Es folgen z. B. April 1930 mit 35,5, Juni 1929 mit 49, April 1931 mit 49,5 Millimeter usw.

In diesem Jahre ist insgesessen die Ernte sehr gut vorwärtsgegangen, und dürfte auch fast ausnahmslos beendet sein. Vielfach befindet sich bereits der zweite Schnitt der Wiesen trocken unter Dach.

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 29. August bis zum 8. September gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 25 eheliche Geburten (14 Knaben, 11 Mädchen), sowie drei uneheliche Geburten (Knaben); ferner drei Geschlechtungen und 20 Todesfälle, darunter sechs Kinder im Alter bis zu 1 Jahr (3 Knaben, darunter sechs Kinder im Alter bis zu einem Jahr (drei Knaben, drei Mädchen).

Über die Art der Entrichtung der neuen Gebühren zugunsten der Arbeitslosen, über welches Thema die "Deutsche Rundschau" schon unter "Bromberg" berichtet hat, können wir nach Erfahrung an zuständiger Stelle für Graudenz mitteilen, daß die Gebühren von den Mietquittungen, von Eintrittskarten für Vergnügungen, Schaustellungen, Sportveranstaltungen), für den Aufenthalt in Lokalen bei der Gemeindekasse (Rathaus, 1. Stock) zu entrichten sind. In § 2 der Ministerialverordnung vom 26. 8. 32, die diese Materie regelt, heißt es: "Die Gebühren von den Mietquittungen, d. i. von allen nachweislich erhaltene Miete, haben die Hausbesitzer im Laufe von 15 Tagen nach Erhalt der Miete in der Gemeindekasse direkt oder auf ihre Rechnung auf Postcheck bei der Postsparkasse einzuzahlen. Gleichzeitig ist in der Gemeindekasse ein Nachweis der im laufenden Monat erhaltenen Mieten, zugleich mit der auf die einzelnen Quittungen entfallende Gebühr, einzureichen." Danach ist also für Wohnungen, für die z. B. von Arbeitslosen) keine Miete gezahlt wird, auch keine Gebühr zugunsten der Arbeitslosen zu entrichten. Die Abgabe vom Gasverbrauch wird selbstverständlich von den Gasgerdeinsiehern mit abgeholt. Was die übrigen Gebühren (von Zucker, Bier, Salz, elektrischen Glühlampen) betrifft, so sind diese Abgaben von den Zahlungspflichtigen direkt an die Kasa Skarbowo, Salzstraße (Solna), oder auf deren Scheckkonto bei der Postsparkasse zu entrichten. Gemeindekasse und Kasa Skarbowo leiten ihrerseits nach Empfang der betr. Gebühren diese an die für die Zuteilung an die Arbeitslosenfonds zuständigen Stellen weiter. Im übrigen darf man wohl annehmen, daß über vorstehend er-

örterte Gegenstände der Magistrat noch seinerseits eine aufklärende Bekanntmachung erlassen werde.

Das deutsche Gemeindehaus in Graudenz, das Mittelpunkt des gesamten Vereins- und geselligen Lebens der deutschen Bevölkerung ist, wird im Frühjahr nächsten Jahres von der Deutschen Bühne einem großen Umbau unterzogen werden. Die Pläne hierfür sind bereits ausgearbeitet worden. Sie sehen eine völlige Umgestaltung des Hauses vor. Es wird hierbei in erster Linie darauf gesehen, daß für Gesellschaften, für Vereine, für Einzelpersonen und Familien, sowie für jede sonstige Inanspruchnahme weitestgehenden Bedürfnissen entsprechende, einen angenehmen und gemütlichen Aufenthalt bietende Räumlichkeiten geschaffen werden. Man kann den Bestrebungen der Deutschen Bühne, das in Rede stehende Gebäude zweckmäßiger und zeitentsprechender einzurichten, nur aufrichtig beifallen.

* Ohne Wasser! In einem hiesigen Blatt erheben die Mieter des Hauses Lindenstraße (Lipowa) 59 Klage darüber, daß der Magistrat dem von ihnen bewohnten Hause die Wasserversorgung gesperrt habe. Ursache: Nichtbezahlung der Gebühr durch den Wirt. 20 Familien würden dadurch betroffen, darunter eine Fleischerei, ein Stall mit Pferden usw. Die Miete des Hauses sei vom Magistrat und der Fabrik Skarbowo mit Arrest belegt worden. Der Hausbesitzer erhalte angeblich von der Miete keinen Groschen und befände sich in großer Not. Es wird von den Mietern sofortige Wiederherstellung des Wassers gefordert, und zwar aus Gründen der persönlichen und öffentlichen Gesundheit.

* Zu dem Wirtshauskrawall, der indirekt den Tod des Schmieds Jan Tomaszewski nach sich zog, ist noch folgendes nachzutragen: Die Sache nahm im Lokale von Derdowski, Culmerstraße (Chelmińska), ihren Anfang, also nicht, wie ursprünglich gemeldet, im "Ogród Polakowy", Schützenstraße (Marsz. Tocza). Der Sürenfried, der dort festgenommen wurde, sich aber dann losriß, war Bronisław Muraszewski, Nonnenstraße (Klasztorna) wohnhaft. Er sowohl wie ein anderer Hauptbeteiligter, Anton Kruck, Oberbergstraße (Madgorna), ist nachträglich verhaftet worden. Ihre Aburteilung wird im Standgerichtsverfahren erfolgen.

* Fahrraddiebstähle. Im Laufe des Montags sind hierorts wieder zwei weitere Fahrradentwendungen zu verzeichnen gewesen. Die Betroffenen sind Jan Lipkowski aus Gąsowice (Gąsowice), dem sein Stahlkorb in der Langestraße (Długa) fortgenommen wurde, und Władysław Kotowski aus Sadówko; ihm stahl man das Rad in der Lindenstraße (Lipowa). Außer diesen Leuten ist noch Dawid Basyn, Oberhornerstraße (3 Maja) 11 bestohlen worden, und zwar hat ihm ein Taschendieb seine Uhr im Werte von 90 Złoty abgeknüpft.

* Der große Drogerie-Einbruch bereits ausgelärt. Dank energischer polizeilicher Nachforschungen ist es bereits gelungen, in den in der Nacht zum Sonnabend in der Drogerei von Edmund Nagórski, Grabenstraße (Grobla) verübten Raubzug Licht zu bringen. Schon einige Stunden nach dem Vorfall konnte die Kriminalpolizei mehrere an der Aßäre Beteiligte fassen; ebenso war es möglich, daß Versteck der gestohlenen, fast 6000 Złoty betragenden Gegenstände zu ermitteln. Die Einbrecher hatten ihren Raub in Angestellten-Mäntel, die im Geschäft hingen, gepackt, nach dem Wechseln in der Nähe des Schlossberges gebracht und dort in einer Tiefe von etwa einem Meter in der Erde vergraben. Die ergriffenen Täter — es handelt sich um Graudenser Einwohner, deren Namen einstweilen im Interesse der Untersuchung noch gehemmt zu halten sind — wurden der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Die gestohlenen Sachen sind dem Eigentümer überwiesen worden.

Bericne, Verhandlungen und besondere Nachrichten.

Die kommende Spielzeit der Deutschen Bühne. Auch in der vor der Tür stehenden nächsten Wintersaison wird, wie wir mit Genugtuung berichten können, unsere altebewährte Deutsche Bühne, dieser mit wesentlichem Faktor im kulturellen Leben des Deutschums von Graudenz und weit darüber hinaus, wieder ihre bildungsfördernde und Unterhaltung bietende Wirksamkeit entfalten. Der unverdrossen im Interesse dieses und so bitter notwendigen Instituts wirkende Vorstand hat im Verein mit den Mitwirkenden eine vollständige Neuorganisation der Bühne in Aussicht genommen. Das neue Spieljahr wird vor allen Dingen eine bedeutendere Herausbildung der Eintrittspreise bringen. Trotzdem soll die Aufführung der Schauspiele und Lustspiele, sowie der Operetten noch künstlerischer als bisher ausgestattet werden, so daß ungeachtet der wirtschaftlich so schweren Zeit die Bühne, wie bisher, so auch fernerhin in künstlerischer wie gesellschaftlicher Beziehung die Führung beibehalten wird. In gewohnter Weise soll die demnächtige Spielzeit mit dem Oktoberfest, das am Sonnabend, 8. Oktober, stattfindet, eröffnet werden. Es wird unter der Devise „Sportfest auf dem Dampfer Europa“ veranstaltet. Alle unsere Ausführungen hierüber wird die Deutsche Bühne im Reklameblatt der "Deutschen Rundschau" zur Kenntnis bringen. Die Theateraufführungen sollen am Sonntag, dem 23. Oktober d. J., ihren Anfang nehmen. Als Erstaufführungstitel ist ein Klassiker, Goethes "Egmont", gewählt worden, daß unter der Regie von Erich Schneider in Szene gehen wird.

Wohlbekleidte Menschen können durch gewissenhaften Gebrauch des natürlichen "Franz-Josef"-Bitterwässers ausgiebigen Stuhlgang ohne Anstrengung erzielen. In Apoth. u. Drog. erhältlich. 6820

in Graudenz. Die Bedingungen usw. sind erhältlich bezw. einzusehen beim Bezirksbauamt Nr. VIII in Thorn in den Dienststunden von 12—13 Uhr.

* Weitere Typhuserkrankungen. Wie wir erfahren, hat sich die Zahl der Typhuserkrankten in den letzten Tagen von 4 auf 15 erhöht. Im Zusammenhang hiermit haben die Sanitätsbehörden in Thorn alle Maßnahmen ergriffen, um einem weiteren Umschlagskreis dieser Krankheit vorzubeugen. Da sämtliche Erkrankten, wie festgestellt wurde, in der Weichsel gebadet haben, so besteht die Möglichkeit, daß in gewissen Fällen die Krankheit durch das schmutzige Weichselwasser verursacht wurde. In den meisten Fällen wurde jedoch die Krankheit aus Eichencine sowie aus dem Strasburger und Culmer Kreise eingeschleppt.

* Aus dem Gerichtssaal. Das Bezirksgericht in Starogard verurteilte im März d. J. sieben Landarbeiter, die auf dem Gute Ginejewo tätig waren und sich hier in ihrer Baracke sittlicher Vergehen an Arbeitsmädchen schuldig gemacht hatten, zu Gefängnisstrafen. Hiergegen meldeten die Verurteilten Appellation an, die jetzt vor dem Appellationsgericht zur Verhandlung kam. Während die auf je 2 Monate Gefängnis lautenden Urteile gegen Franciszek Drąsowski, Józef und Paweł Makowski, Aleksander Kołosowski und Leon Piechowski bestätigt wurden, wurden dem Bronisław Radomski und dem Henryk Górska die auf 1 Jahr bzw. 10 Monate lautenden Gefängnisstrafen auf je 7 Monate herabgesetzt.

* Aus dem Gerichtssaal. Der Kutscher Anton Wyrzykowski der Lemmeinschen Eisfabrik in Culmsee hatte 994 Złoty von Kunden einkassiert und den Betrag für sich behalten. Die Quittungen hatte er selbst unterschrieben. Er war deshalb vom Bezirksgericht, das seinerseits in Culmsee tagte, zu 1 Jahr Buchhaus verurteilt und hatte hiergegen Berufung eingelegt. Das Appellationsgericht erkannte ihn jetzt nur der Unterschlagung schuldig, nicht aber der Fälschung der Quittungen, da er inkassoberechtigt war. Unter Berücksichtung seiner bisherigen Unbestraftheit, seiner Reue und schwierigen materiellen Lage ermaßigte das Appellationsgericht das Strafmaß auf 6 Monate Gefängnis und gewährte außerdem noch einen Strafausschub auf 5 Jahre. — Die Chauffeure Leon Czarnecki und Leon Łaskowski waren wegen Fahr lässigkeit, wodurch ein Zusammenstoß ihrer Kraftwagen nebst Verlezung eines Fahrgastes hervorgerufen wurde, vom Bezirksgericht zu je 50 Złoty Geldstrafe verurteilt. Während Cz. die Strafe annahm, legte Ł. Berufung ein. Das Appellationsgericht sprach ihn frei, da der Unfall offensichtlich nur durch die Schuld des Cz. entstanden war.

* Markisenbrand. Am Echause Neustädter Marktgerechtsstraße (Rynk Nowomiejski ul. Prosta) ging Montag nachmittag gegen 5 Uhr die Schaufenstermarkise der Firma Paweł Billert in Flammen auf. Die alarmierte Feuerwehr brauchte nicht mehr einzutreten. Das Feuer entstand vermutlich durch einen achtlos aus dem Fenster geworfenen noch brennenden Zigarettenrest.

Graudenz.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die vielen Anrufen, die wir beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen liegen wir Allen, insbesondere Herrn Pfarrer Dieball für die trostreichen Worte am Sarge

herzlichen Dank.

Familie Menz.

Graudenz, den 6. September 1932.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen

Fr. L. Wolter
Dentistin
7322
Grudziadz, Stara 24, II.

Dauerwellen, ohne Elektrizität. — Gefahrlos. Mehrjährige Erfahrung.

Besserwellen
in exakter Ausführung.
Salon A. Orlowski,
am Röschmarkt. 7008

Paffbilder
in 1/4 Stunde lieferbar
nur bei 6406

Hans Dessonneck,
Photograph
Józ. Wybickiego 9.

Alabierunterricht

erteilt

Margarete Bartel, Lipowa 32 b

Tanz-Unterricht

in Podwiesk im Gasthause des Herrn Eisen-

berger beginnt am Mittwoch,

dem 14. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr. 7309

A. Rożyska.

Anmeldungen daselbst erbeten.

Thorn.

Fachschulen

„Berger“

Toruń, Male Garbarskie

Höherer Handelsfachschule

Buchhaltungs-Kursus

Reichsstudiengang, landw.

und geogr. Sekretärfachschule

dtsch., poln. u. ukr. Fach-

leiter an der Schweizer

Universität, dipl. Professor

Photographien von Thorn

Original-Handabzüge mit Signum
auf weiß Karton, 35×30 cm

zum Preise von zl 6,75

für Andenken und Geschenzkzwecke

stets vorrätig.

Justus Wallis, Toruń

t Persönliche „Abrechnungen“ mit „durchschlagender Beweisführung“ mittels eines handfesten Gegenstandes sind hier in letzter Zeit an der Tagesordnung. Erst am Montag wurde der Polizei wiederum Mitteilung von einem solchen Falle gemacht. In der Strohbandstraße (ul. Małej Garbar) wurde eine Frau von einem Nachbarn mit einem Spazierstock ganz gehörig verprügelt. Gegen den brutalen „Kavalier“ wurde Strafantrag gestellt.

Die Polizei nahm am Dienstag je eine Person wegen Betruges und wegen verschiedener Diebstähle im Stadtbezirk fest. Außerdem wurden eine Person wegen Bagabündage und Bettelnd und ein Mann wegen Kohlendiebstahls verhaftet. Zu Protokoll genommen wurden drei kleinere Diebstähle bzw. zwei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften und ein Vergehen gegen sanitätpolizeiliche Anordnungen.

Aus dem Landkreise Thorn, 6. September. Feuer entstand vermutlich durch Funkenflug aus dem Schornstein auf dem Anwesen des Wojciech Ciesiak in Schönwalde (Wrzóz). Wohnhaus nebst Schuppen im Gesamtwert von ungefähr 2000 Złoty brannten völlig nieder. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Ein Ertrinkungsstoß fand am Sonntag bei einer Rajaufahrt auf der Drewenda der 42jährige Ingenieur Wiktor Fedrajewski, wohnhaft in Leibitsch (Lubiecz). Die Leiche des Ertrunkenen konnte bisher nicht gefunden werden.

Könitz (Chojnice), 6. September. In dem benachbarten Koschneiderdorf Frankenhausen entstand gestern früh um 6 Uhr ein Schadeneuer, das wieder beträchtlichen Schaden angerichtet hat. Die Scheune des Amtsdienstlers Trzebiatowski brannte vollständig nieder und mit ihr die ganze diesjährige Ernte, ein Dreißigkasten, eine Hächsel- und eine Reinigungsmaschine. Da der Betroffene die leste Haferversicherungsprämie nicht bezahlt hat, ist der Schaden für ihn sehr groß. — Der Tucheler Polizei ist es gelungen, den Diebstahl beim Landwirt

Austerhof in Gößendorf aufzuklären und den Täter festzunehmen. Der Dieb, ein bereits mehrmals mit Buchthaus und Gefängnis bestraft Mann namens Sternski, ist geständig. Ein Teil der gestohlenen Sachen konnte ihm wieder abgenommen werden. — Die 2½-jährige Lucie Gliśczańska in Abbau Brzeźno fiel beim Spielen in den Dorsteich und ertrank. Erst nach längerem Suchen konnte die Leiche geborgen werden.

Strassburg (Brodnica), 5. September. Auf dem letzten hier abgehaltenen Jahrmarkt wurden von der Polizei nicht weniger als 20 Personen wegen Diebstahls verhaftet, darunter einige von der Polizei schon lange gesuchte Spitzbuben. — Bei dem letzten Gewitter, welches über Kruschin und Umgegend niederging, schlug ein Blitz in die Scheune des Gutsbesitzers Ernst Weißer und vernichtete diese vollständig. Mitverbrannt sind erhebliche Erntevorräte. Der Gesamtschaden beläuft sich auf ca. 80 000 Złoty. Der Schaden ist teilweise durch Versicherung gedeckt. — Ein zweiter Brand entstand bei dem Besitzer Thomas Nowinski in Michlau (Michałowo), wo der Dachstuhl des Wohnhauses zum Teil vernichtet wurde. Es wird Brandstiftung vermutet.

Strassburg (Brodnica), 6. September. Unterschlagung. Auf Veranlassung des Kreisstarosten wurden Marian Wiśniowski, beauftragter Gemeindesprecher in Mszana hiesigen Kreises, sowie der Kassierer Henryk Nawacki verhaftet unter dem Verdacht, 1782,73 Złoty zum Schaden des Kreisausschusses unterschlagen zu haben. In der Untersuchung gab W. an, daß ihm von einer Unterschlagung nichts bekannt sei. N. dagegen bekannte sich schuldig, will aber Kassenbücher oder Quittungen nicht gefälscht haben, sondern das Geld seit 1931 in kleineren Beträgen an sich genommen haben. W. wurde wieder entlassen, N. dagegen dem Gericht zugeführt. Dieses versetzte später auch dessen Freilassung, da die unterschlagene Summe inzwischen von seiner Familie zurückgestattet wurde.

Danziger Senat und Nationalsozialisten

Von maßgebender Danziger Stelle wurde der Danziger Presse folgendes mitgeteilt:

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hatte an den Senat verschiedene Forderungen gestellt und um deren Beantwortung bis Sonnabend, den 8. d. M., mittags 12 Uhr, gebeten. Der Senat hat der NSDAP rechtzeitig folgendes Schreiben gesandt:

Die Sorge um die Erhaltung der Lebensfähigkeit der wirtschaftlichen Berufstände, insbesondere der von Ihnen erwähnten Kreise der Danziger Landwirtschaft, des Danziger Handwerks und Gewerbes, sowie des Danziger Haushaltens, insbesondere aber auch die Notlage der auf öffentliche Unterstützung angewiesenen Arbeitslosen und Rentenempfänger, beschäftigt den Senat in gleicher Weise wie die NSDAP. Das Schicksal aller Berufstände des Staates, insbesondere der von staatlicher Unterstήlung abhängigen Kreise, hängt von geordneten Staatsfinanzen ab. Die NSDAP weiß ebenso wie der Senat, mit welcher Energie der Senat auf geiegebensem und Verwaltungsgebiet die Ordnung der Staatsfinanzen betrieben hat und welche Schwierigkeiten dabei zu überwinden waren. Die Senkung der öffentlichen Ausgaben in Staat und Stadt, ohne welche eine Ordnung der Finanzen nicht zu erreichen war, hat, wie der Senat öffentlich erklärt hat, schwere Opfer aller Kreise, insbesondere auch der ärmeren Schichten der Bevölkerung erforderlich. Alle im Laufe der Regierungstätigkeit des jüngsten Senats getroffenen Maßnahmen sind in engstem Einvernehmen mit der Fraktion der NSDAP beraten und von den Regierungsparteien zusammen mit der NSDAP beschlossen, wobei alle Parteien, auch Sie, sich davon überzeugen mußten, daß Opfer sich nicht vermeiden ließen, wenn die Existenz des Staates nicht gefährdet werden sollte.

Der Senat ist bereit in engstem Zusammenarbeiten mit Ihrer Fraktion und den Fraktionen der übrigen Regierungsparteien Ihre Vorschläge auf ihre praktische Durchführbarkeit zu prüfen und weiter zu bearbeiten. Es ist natürlich nicht möglich, innerhalb der von Ihnen gesetzten Frist von 24 Stunden abschließend die Stellungnahme der beteiligten Fraktionen herbeizuführen, um so mehr als die finanziellen Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf den öffentlichen Haushalt noch erreckt werden müssen.

Der Senat ist sich bewußt, daß die Regierung, die in ihrer jüngsten Zusammensetzung ohne die Unterstützung der NSDAP nicht aufrecht erhalten werden kann, unerschüttert bleiben muß, wenn die wichtigen, noch zu lösenden Aufgaben auf dem Gebiet der Gesetzgebung und auf außenpolitischem Gebiet nicht gefährdet werden sollen. Der Senat weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die unmittelbar bevorstehenden, für den Staat außerordentlich bedeutsamen Verhandlungen vor dem Volksberundrat betreffend den Göringer Streitpunkt und die wirtschafts- und zollpolitischen Streitpunkte hin.

Der Senat wird zu der politischen Lage in seiner morgigen Sitzung Stellung nehmen und dann Weiteres mitteilen.

Die Sozialdemokraten und der nationalsozialistische Antrag auf Neuwahlen in Danzig.

Die Danziger Sozialdemokratie hat sich in diesen Tagen über die Vorgänge der nationalsozialistischen Partei als sehr gut unterrichtet erwiesen. Ihr Organ, die Danziger „Volksstimme“ hatte schon am Sonnabend die für den Brauhemberdag in Danzig am Sonntag vorbehaltene Sensation der Kampfansage an die Regierung angekündigt. Sie hatte gefragt, mit dem Antrag an die Herren Greiser und Förster, den Antrag auf Auflösung des Volkstages mit größter Bechleirung einzubringen, hängt offenbar die Anwesenheit des Abgesandten Hitlers, Röhm und Prinz August Wilhelm zusammen. Das Blatt hatte dann nüchtern festgestellt, daß die Nationalsozialisten allein nicht über die nötige Abgeordnetenzahl im Volkstag verfüge — ein Sechstel —, die notwendig sei zur Unterschrift unter den Auflösungsantrag.

auschlaggebenden Einfluß besaßen! denn dieser Block war mit 11 Abgeordneten ebenso stark wie das Zentrum, und es fehlte ihm nur ein Mandat, um die gleiche Stärke zu erreichen wie die Nationalsozialistische Partei, die 1930 ihren ersten großen Mandatsgewinn in Danzig verzeichnete.

Die Fraktion des Blocks der nationalen Sammlung setzte sich zusammen aus den Listen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft (Beamte, 4685 Stimmen) und der Eisenbahnbamten (3480 Stimmen), die zusammen drei Sitze erhielten, der Deutschen Volksgemeinschaft (Jungdeutscher Orden), die auf der Landliste 5312 und auf der Stadtkarte 1396 Stimmen und drei Sitze im Volkstag erhielt, der Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei (6368 Stimmen), die zwei Volkstagssitze erhielt, der Nationalliberalen Bürgerpartei (4400 Stimmen und zwei Sitze) und der Deutschenliberalen Partei (3254 Stimmen und einen Sitz). Immerhin waren das zusammen 28 895 Stimmen, die 11 Mandate ergaben. Es ist zu hoffen und anzunehmen, daß die Mittelparteien, die in ihrer Fraktion ausgezeichnet zusammengearbeitet haben, nicht wieder, wenn es zu Neuwahlen kommt, das Schauspiel des Auseinanderlaufen geben, sondern das eines möglichst engen Zusammenschlusses, wie es die Wähler von den Mittelparteien gefordert haben, und wie es auch notwendig ist.

Die beiden anderen Regierungsparteien, die Deutschnationalen hatten bei der letzten Wahl 25 988 Stimmen und 10 Sitze erhalten und das Zentrum 30 230 Stimmen.

Die drei eigentlichen Regierungsparteien brachten also bei den letzten Wahlen insgesamt 86 668 Stimmen auf, die ihnen 31 Sitze im Volkstag einbrachten. Das war bei einer Gesamtzahl von 72 Abgeordneten nicht die Mehrheit. Diese wurde erst geschaffen dadurch, daß mit den Nationalsozialisten ein Abkommen geschlossen wurde, wonach diese die Regierung unterstützen wollten. Die Nationalsozialisten hatten 1930: 32 457 Stimmen aufgebracht und dafür 12 Mandate erhalten. Im Laufe der Legislaturperiode wechselte dann ein Abgeordneter der Deutschen Volksgemeinschaft (Jungdeutscher) zu den Nationalsozialisten über, so daß zuletzt das Kräfteverhältnis folgendes war: 13 Nationalsozialisten, 11 Zentrum, 10 Block der nationalen Sammlung und 10 Deutschnationale. Zusammen verfügten also diese die Regierung stützenden Parteien über 44 von 72 Mandaten im Danziger Volkstag, so daß also nur 4 Mandate zur Zweidrittel-Mehrheit fehlten. Wenn nun die Nationalsozialisten in die Opposition gehen, wie sie angekündigt haben, so ist die Regierung Biehm natürlich von keiner Mehrheit mehr getragen. Und findet der von den Nationalsozialisten angekündigte Antrag auf Auflösung des Volkstages eine Mehrheit (notwendig wäre dazu die Stimmenhilfe der „marxistischen Parteien“ — die Sozialdemokratie hat sich noch nicht bestimmt geäußert; sie hatte aber zu Beginn des Jahres selbst einen Antrag auf Auflösung gestellt), dann wären in allernächster Zeit Neuwahlen zu erwarten.

Welche Aussichten haben neue Wahlen?

Da die letzten Wahlen in Danzig am 16. November 1930 stattfanden, so ist die ganze Wucht der nationalsozialistischen Welle in ihrem Ausfall in Danzig noch nicht zum Ausdruck gekommen. Die Danziger Nationalsozialisten werden also, da die Wellen der nationalsozialistischen Bewegung auch nach Danzig fluteten, mit einem Stimmen- und Mandatzuwachs aller Wahrscheinlichkeit nach rechnen können.

Der vermutlich rückständige Gewinn der Nationalsozialisten wird sich wahrscheinlich wie auch im Reiche weniger auf Kosten der Linksparteien, als vielmehr vorwiegend auf Kosten der Deutschnationalen und zu einem Teil auch noch der Mitte vollziehen. Es wird sich also vorwiegend unter Stärkung der Nationalsozialisten im wesentlichen nur eine Verschiebung innerhalb der Parteien vollziehen, die die jetzige Regierung tragen.

Mit den Nationalsozialisten hatte die Regierung nach den Wahlen von 1930: 119 120 Stimmen hinter sich. Dieser Regierungskoalition standen in der

Opposition

gegenüber die Sozialdemokraten als stärkste Partei mit 49 965 Stimmen und 19 Mandaten, die Kommunisten mit 20 104 Stimmen und 7 Mandaten und die Polen mit 4763 Stimmen und 2 Mandaten.

Den 119 120 Stimmen und 44 Mandaten der Regierungskoalition im jetzigen Volkstag standen also insgesamt 76 536 Stimmen der Opposition mit 28 Mandaten gegenüber.

Eine Schätzung der Wahlausichten ist natürlich in diesen wilden Zeiten schwer möglich, um so weniger bei den besonderen Verhältnissen in Danzig, und weil man nicht weiß, wie die Bevölkerung die Kampfansage an die Regierung, für deren Maßnahmen die Nationalsozialistische Partei entscheidend mitverantwortlich ist, aufnehmen wird. Mit einer absoluten Mehrheit der Nationalsozialisten im Danziger Volkstag (also mit 36 Mandaten) wird in politischen Kreisen nicht gerechnet.

Die Danziger Regierung hatte der Nationalsozialistischen Partei noch vor dem Entschluß, die Auflösung des Volkstages zu beantragen, eine Brücke gebaut, indem sie den Nationalsozialisten mitteilte, daß „der Senat bereit“ ist, in engstem Zusammenarbeiten mit ihrer Fraktion und den Fraktionen der übrigen Regierungsparteien ihre Vorschläge auf praktische Durchführbarkeit zu prüfen und weiter zu bearbeiten.“ (Vergl. die oben wiedergegebene Senats-Erklärung. D. R.)

Die NSDAP aber antwortet in ihrem Organ in einem Artikel des Abg. Greif: „Tretet ab, wir wollen den Staat!“

Da die Nationalsozialisten im Volkstag nur über 13 Stimmen verfügen, bedürfen sie zur Stellung ihres Antrages noch einer Hilfstimme von einer anderen Partei, da der Antrag auf Auflösung ein Sechstel der Stimmen des Danziger Parlaments bedarf.

Kleine Rundschau.

Hedda wieder Tennismeister von Polen.

Bei den nationalen Tennis-Wettkämpfen um die Meisterschaft von Polen in Krakau konnte Hedda den fröhlichen Meister Tłoczyński wieder sehr glatt in drei Sätzen 8 : 6, 6 : 3, 6 : 1 schlagen. Hedda gewann durch seine große Sicherheit und überlegene Taktik.

Stresa — das europäische Ottawa?

Die Konferenz der Donaustaaten, zu denen neben den eigentlichen Schmerzenskindern an der Donau auch die vier europäischen Großmächte (Frankreich, England, Deutschland, Italien), sowie Polen, die Schweiz und noch einige andere Interessenten geladen sind, wurde in Stresa eröffnet. Wo liegt dieses Nest, das plötzlich weltbekannt geworden ist? Es handelt sich um einen gottbegnadeten italienischen Flecken am Südwestufer des Lago Maggiore, dessen nördlicher Teil sich bis in die Schweiz hinein erstreckt. Dort liegt Locarno. Die Staatsmänner und Sachverständigen, die den Genfer See und fühlten schon längst satt geworden sind, suchen sich für ihre Sonder-Konferenz-Touren die schönsten Orte aus: Vaujanne-Duchy, Rapallo, Locarno, Stresa... Wenn nichts Positives herauskommt aus den mit viel Reklame aufgemachten Verhandlungen, dann hat wenigstens die Gastwirtschaft und Fremdenindustrie einen Gewinn. Jetzt hat auch Stresa seinen Konferenzort-Silberstreifen (à la Stremann). Das ist schon eine unerhörte Reklame. Man betrachtet zwar all solche Zusammenkünfte nachgerade mit einer aus Hoffnungstrüse grenzenden Skepsis; und doch — wenn man zum ersten Mal den neu gewählten Konferenzort sieht und sucht, dann Klingt — hier lauter, dort leiser — ein Gedanke mit: vielleicht könnte dort, gerade dort ein Wunder geschehen! Von Stresa erwarten wir dieses Wunder nicht.

Die Vorgeschichte von Stresa.

Eine ausgezeichnete Übersicht über die Vorgeschichte der gegenwärtig tagenden Konferenz von Stresa, d. h. eine historische Darstellung der Wiederaufbau-Bestrebungen in dem durch die Friedensdiktate wirtschaftlich zerstörten Donauraum vermittelte uns ein Sonderbericht von Dr. Franz Klein in der „Vossischen Zeitung“, über den wir im folgenden kurz referieren wollen. Die Berücksichtigung großer Binnenwirtschaften (vor allem der österreichisch-ungarischen), aber auch der europäisch-russischen und der östlich-deutschen) mache zusammen mit der technischen Revolution im überseeischen Getreidebau

die Agrarwirtschaft im östlichen Mitteleuropa von Jahr zu Jahr weniger rentabel,

versinkte alte und neubefreite Staaten in eine drückende Schuldenlast der wirtschaftlich zwar wenig empfänglichen, dafür aber politisch unumschränkt herrschenden Franzosen.

Der erste Versuch, dieser verderblichen Lage durch Anwendung neuer handelspolitischer Methoden Herr zu werden, ging von Wien aus, wo Richard Niedl die Ost-Agrarstaaten davor warnte, von der ebenso künstlichen wie kostspieligen Hochzüchtung eigener Industrien eine wirksame Abhilfe der großen Not zu erhoffen, die den Bauer vor vollen Scheunen der furchtbaren Vereindung anheimfallen lasse. Dann kamen (1890) die

Agrarkonferenzen von Bukarest, Sinaja, Warschau, Bukarest

Und endlich (im September des gleichen Jahres) die erste Tagung von Briands Europa-Kommission des Völkerbundes, die der jüngst verstorbene österreichische Bundeskanzler Schober dazu benützte, um seinen Vorschlag der „entpolitisierten regionalen Wirtschaftsverbände“ als des besten paneuropäischen Unterbaus der aufstrebenden Welt zu empfehlen. Er dachte dabei zunächst an einen (gewischt-wirtschaftlichen) Block Deutschland-Österreich-Tschechoslowakei, sowie an einen (agrarischen) Block Ungarn-Süd-Slawien-Rumänien. Beide Wirtschaftsverbände sollten sich eine weitgehende Vorzugsbehandlung (nicht auf der Grundlage der Meistbegünstigung, sondern von Vorzugszöllen) zu sichern. Dahinter sollte sich dann eine deutsch-französisch-italienische Verständigung anbahnen; denn bei der Rettung der Agrarstaaten müsste Frankreich die Erntefinanzierung übergeben, Deutschland und Italien den Absatz garantieren.

Man weiß, daß diese Bestrebungen, die in der

durch-österreichischen Zollunion

eine Urzelle finden sollten, an dem wirtschaftsstörenden Machtwillen Frankreichs gescheitert sind. Sobald die

Deutschen, ohne deren Mitarbeit das ganze Problem unlösbar ist, auch sonst und später mit einzelnen Agrarstaaten zu handelspolitischen Abmachungen kommen wollten, setzte der Kreidelpolitische Druck der Franzosen ein, wobei die folgenschweren Kredite vorher weniger der Wirtschaft, als unproduktiven militärpolitischen Zwecken zugute gekommen waren. Die Warschauer Konferenz für Stresa hat klar gezeigt, daß die östlichen Agrarstaaten gerade die Kredite fesseln Frankreichs als unerträglich empfinden. Daneben hielt der Vorzugszoll-Gedanke durch. Der oben erwähnte Dr. Franz Klein weiß zu berichten, wie auch Frankreich mit ihm rechnen mußte: „So kam es zum

Tardieu-Plan,

der die Staaten der kleinen Entente mit Österreich und Ungarn zu einem Block schließen wollte, aufgebaut auf gegenseitige Vorzugszölle und mit einem gemeinsamen Zollregime nach außen hin. Auf der Londoner Konferenz saßen Berlin und Rom dem das Verlangen entgegen, gleichfalls als Donaumächte zu gelten, und Staatssekretär von Bülow entwickelte als

deutschen Plan

den zweier Vorzugszollkreise: 1. agrarische Vorzugszölle in ganz Europa für Südlawien, Rumänien, Ungarn und Bulgarien, 2. agrarische und industrielle Vorzugszölle aller für das besonders notleidende Deutschösterreich. Frankreich konnte sich der Wucht der marktpolitischen Tatsachen nicht widersetzen, und es wollte gerne zugestehen, daß Deutschland und Italien als einseitig Opfernde, als Abnehmer des Südostgetriebes, in den Tardieu-Plan einbezogen würden. Zugleich aber hielt es daran fest, daß die Agrarstaaten nicht nur, wie auch Bülow es wollte, den Österreichern, sondern auch der Tschechoslowakei Vorzugszölle gewähren sollten. Mit anderen Worten: Deutschland und Italien sollten nach dem französischen Plan den Südoststaaten auf die Beine helfen, aber deren so entstehender Kaufkraftzuwachs sollte in erster Reihe der gar nicht hilfsbedürftigen Tschechoslowakei zugute kommen. So mußte die Londoner Konferenz scheitern.“

Es folgt die Innsbrucker Tagung der Internationalen Handelskamer, die einmütig beschließt, man solle nach überseitschem Vorbild auch auf europäischem Boden nicht nur Zollunionen, sondern auch Vorzugszölle als Ausnahmen von der Meistbegünstigung zulassen.

„Es ist seither kein weiterer Fortschritt wahnehmbar geworden“, — stellt der Verfasser der Vorgeschichte von Stresa dann fest und fährt wörtlich fort: „Unauffahrtsam griff der Verfall um sich. Immer lächerlicher wurden die Kreditbeträge, um die die Donaustaaten außenpolitische Freiheiten und ihre Finanzhöhe opfern mußten, und immer höher schwoll die Woge der Transfer-Moratorien, der Einfuhrverbote, des Selbstversorgungswahns in jeglicher Gestalt. In dieser Lage tritt die Konferenz zusammen, die in Vaujanne beauftragt worden ist, den Septembertagung der Europa-Kommission beschlußreiche Vorschläge zu unterbreiten.

Dr. Franz Klein hält die Vorzeichen der Stresa-Konferenz nicht für so ungünstig, wie es scheinen mag. Nicht etwa, weil die Not keinen weiteren Aufschub vertrüge. Dieses Argument bestehet seit Jahren zu Recht, ohne durchzuschlagen. Es scheint aber, als hätten sich in den ruhigeren Sommermonaten auch in Paris die Ansichten ein wenig geklärt. Die Gespräche von Vaujanne haben gezeigt, daß die für die Südoststaaten unentbehrliche Einbeziehung Deutschlands und Italiens in den Neuordnungspan plan diesen beiden Großmächten nicht aufgezwungen werden kann, daß sie nur zu erreichen ist unter Bedingungen, die ihnen annehmbar erscheinen. Aus diesem Grunde darf man heute vielleicht hoffen, daß

der Tardieu-Plan wirklich ausgegeben

ist, daß die Einwände Bukarests und Belgrads stärker waren als die begreifliche Sehnsucht Prags. Anderseits besteht freilich nur geringe Aussicht auf baldige Verwirklichung des rettenden Bülow-Plans. Am meisten fortgeschritten ist in Europa der Gedanke agrarischer Präferenzen, wenngleich er in diesem ungünstigen Erntejahr mit geringerer Leidenschaft vorgetragen wird. Es sei gar kein Zweifel, daß der gefährlichste Brandherd Europas, an dem sich schon ein Weltkrieg entzündet hätte, gelöscht würde, wenn wenigstens dieser Beginn der handelspolitischen Neuordnung von den Großmächten einmütig vollbracht würde.

„Man sieht es hier, — so heißt es am Schluß — von einem europäischen Ottawa zu sprechen. Das riecht nach

Großenwahn. Aber bei aller Verschiedenheit der Maße besteht die Übereinstimmung des Grundgedankens, daß das Streben nach Selbstversorgung innerhalb einer „Region“ von Staaten doch schon ein großer Fortschritt ist gegenüber dem Autarkie-Wahn jedes einzelnen. Im übrigen ist Ottawa kein gutes Vorbild. Wenn nicht alles frucht, hat man dort fast durchwegs — gegen den Willen des britischen Mutterlandes — den falschen Weg der Präferenz beschritten. Der richtige ist die Bollerhöhung zugunsten der Bevölkerung. Der unrichtige ist die allgemeine Bollerhöhung mit Ausnahme des Bevölkerung. Nicht auf Abschüttung, sondern auf Arbeitsteilung beruhte der Fortschritt der Menschheit. Vielleicht gelingt es in Stresa zum erstenmal, die Folgerung aus der bitteren Lehre zu ziehen, daß die Verhinderung der Arbeitsteilung nicht Mehrheit, sondern Arbeitslosigkeit bringt.“

Kleine Rundschau.

Schwerer Autounfall von Dr. Zeileis jun.

In Gallspach traf die Nachricht ein, daß Dr. Zeileis jun., der Sohn des bekannten Wunderdoctors, auf seiner Rückreise vom Urlaub, den er mit seiner Gattin an der italienischen Riviera verbracht hatte, in der Nähe von Monfalcone (Italien) einen schweren Kraftwagenunfall erlitten hat. Infolge Versagens der Bremsen stürzte der Wagen eine über 50 Meter hohe Böschung ab. Die Gattin von Dr. Zeileis, eine geborene Richter, Rittergutsbesitzerin aus Petersdorf bei Frankfurt a. d. Oder, blieb mit einem Schädelbruch tot liegen, während Dr. Zeileis selbst nur leicht verletzt wurde.

Ein Deutscher Rad-Weltmeister.

Am vorletzten Tage der Radweltmeisterschaften in Rom waren 5000 Zuschauer Zeugen eines großen deutschen Triumphs. Der junge Kölnner Amateur Albert Richter behielt in zwei Finalläufen die Oberhand über den italienischen Meister Mozzo und wurde damit Amateurweltmeister 1932. Auch unser zweiter Vertreter, der Breslauer Frach, schlug sich hervorragend. Frach wurde zwar in der Vorentscheidung von Mozzo geschlagen, gewann dann aber den Kampf um den dritten Platz in beiden Läufen sicher gegen den überraschend stark fahrenden Österreicher Duska.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 9. September.

Königswusterhausen.

06.20 ca.: Von Berlin: Konzert. 12.00: Wetter. Anschl.: Schallplatten. 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Jungmädchenstunde. Clara Schumann-Löffelholz: Mütterschulung und weiblicher Arbeitsdienst. 15.40: Jugendstunde. Walter Störling: Deutsche Jugend in der Pionierschule für Übersee. 16.00: Pädagogischer Funf. Magdalene von Tiling: Die Zukunft der Frauenoberhäuse. 16.30: Von Leipzig: Konzert. 17.30: Antlitz und Seele. Dr. Ludwig Ferdinand Claus: Neue Wege der Volkskunde. 18.00: Priv.-Doz. Dr. Anton Arland: Neuschöpfungen im Pflanzenreich (II). 18.30: Volkswirtschaftsfunk. Dr. Gerhard Schäfer: Die Industrialisierung der Balkanländer. 18.55: Wetter. 19.00: Dr. Mario Grammer: Neue Wege zu deutscher Innerlichkeit. 19.20: Stunde der Arbeit. Dr. Wilhelm Löß: Wohnlaube und Siedlerheim. 20.00: Von Breslau: Waldheimat. 21.00: Nachrichten, Sport (I). 21.10: Der Berliner Domchor singt. 22.10: Wetter, Nachrichten, Sport (II). Anschl. bis 24.00: Abendunterhaltung.

Breslau-Gleiwitz.

06.20: Von Berlin: Konzert. 08.15 ca.: Funkgymnastik. 08.35: Stunde der Frau. 11.30 ca.: Von Hamburg: Blaskonzert. 13.05 ca.: Mittagskonzert (Schallplatten). 14.05: Mittagskonzert (Schallplatten). 15.30: Das Buch des Tages. 16.15: Kleine Klaviermusik. 16.40: Unterhaltungskonzert. 18.05: Stunde der Muß. 18.30: Das frühere deutsche Schutzzug Gebiet auf Neu-Guinea. 19.00: Wechselseitigkeiten zwischen Boden und Klima. 19.30: Wetter. Anschl.: Richard Strauß: Lieder auf Schallplatten. 20.00: Waldheimat. Paul Keller zum Gedächtnis. 21.10: Von Berlin: Der Berliner Domchor singt. 22.30—24.00: Tanzmusik. 24.00: Abendunterhaltung.

Königsberg-Danzig.

06.30: Konzert (Schallplatten). 09.00: Englischer Schulfunk. 11.30: Stunde der Frau. 11.30 ca.: Von Hamburg: Blaskonzert. 13.05 ca.: Mittagskonzert (Schallplatten). 14.05: Mittagskonzert (Schallplatten). 15.30: Das Buch des Tages. 16.15: Kleine Klaviermusik. 16.40: Unterhaltungskonzert. 18.05: Stunde der Muß. 18.30: Das frühere deutsche Schutzzug Gebiet auf Neu-Guinea. 19.00: Wechselseitigkeiten zwischen Boden und Klima. 19.30: Wetter. Anschl.: Richard Strauss: Lieder auf Schallplatten. 20.00: Waldheimat. Paul Keller zum Gedächtnis. 21.10: Von Berlin: Der Berliner Domchor singt. 22.30—24.00: Tanzmusik.

Warschau.

12.45, 13.35 und 15.10: Schallplatten. 17.00: Konzert. 18.20: Tanzmusik. 20.00: Sinfoniekonzert. 20.55: Konzertfortsetzung. 22.00: Tanzmusik. 22.50: Tanzmusik.

Der Kampf um den Himalaja.

Rückkehr der deutschen Expedition.

Der Leiter der deutschen Expedition zur Besteigung des Nanga-Barbat, eines über 8000 Meter hohen Gipfels des Himalaja, hat in einem Telegramm mitgeteilt, daß infolge Erkrankung einiger Expeditionsmitglieder die Besteigung aufgegeben werden mußte, nachdem bereits eine Höhe von über 7000 Metern erreicht worden war. So bedauerlich es ist, daß die so sorgfältig vorbereitete Expedition ohne Erfolg bleibt, muß doch der Entschluß der Rückkehr, bevor Todesopfer zu beklagen sind, begrüßt werden. Erst einmal ist der Versuch gemacht worden, den Nanga-Barbat zu besteigen. Im Jahre 1895 bestieg der damals bekannte englische Bergsteiger A. G. Mummery mit zwei englischen Gurkhas den Gipfel. Alle drei fanden in einer Lawine den Tod.

Es ist ein alter Traum der Menschheit, die höchsten Gipfel des Himalaja zu bezwingen. Nach den neuesten wissenschaftlichen Forschungen gibt es allein über 100 Berge im Himalaja-Gebiet, die über 7000 Meter hoch sind. Aber nur zehn von ihnen sind bisher erklimmen worden. Einer davon gehörte der Ruhm, zum ersten Mal so hoch geslettert zu sein. Im Jahre 1906 bestieg das Cheyaar Wirken den höchsten Gipfel der Nun-Kungruppe. Die erst 23 Jahre alte Frau erreichte als erste den Gipfel und hielt die englische Flagge.

1905 versuchte der Bergsteiger Dr. Langstaff den 726 Meter hohen Gurka-Mandata zu besteigen. Er mußte nur kurz vor dem Ziel umkehren. Zwei Jahre später erfuhr er den Erfolg. Anfang Juli 1931 gelang es ihm, den Kamet, den zweithöchsten Berg des britischen Imperiums, zu erreichen.

Eine große Expedition nach dem Mount Everest rüstete im Frühjahr 1921 Oberst Bury aus. Das Ziel der Expedition war die „Tschomolungmo“, die „Göttin Mutter der Erde“, wie sie von den Einheimischen genannt wird. Das Unternehmen stand gleich zu Beginn unter einem Unstern. Die verschlagenen Tibeter schickten die Expedition auf Umlaue, und so mußte sich die Karawane durch Schluchten, Büstenflächen mit Treibsanddünen ihren Weg bahnen. Die Teilnehmer waren bereits völlig erschöpft, als der eigentliche Aufstieg begann. Sie erreichten nur eine Höhe von 6800 Metern und mußten dann unverrichteter Sache umkehren.

Unter günstigeren Umständen begann ein Jahr später eine zweite Expedition unter General Bruce. Der Geologe Herron, der an der ersten Besteigung teilgenommen hatte, durfte jedoch nicht mit; denn die Tibeter waren der Meinung, daß er durch sein Klopfen an die Felsen die Ruhe der Götter und Geister stören würde. Im April 1922 errichtete die Expedition in Nongbulata ihr Hauptlager. Zwei Monate später erbaute sie in 6040 Meter Höhe ein Berglager und kurz darauf bezogenen vier Expeditionsteilnehmer mit neun Trägern ein Lager in 7015 Meter Höhe. Da sich dieses Lager als ungünstig erwies, mußte ein neues Lager in 7620 Meter Höhe errichtet werden. An ein Weiterkommen war zunächst infolge des Eissturmes nicht zu denken. Als dann der Sturm nachließ, mußte der völlig erschöppte Leiter des Lagers Morshead zurückgelassen werden. Seinen drei Kameraden gelang es nach tagelanger Arbeit, sich einen halben Kilometer vorwärts zu arbeiten. Keiner der Expeditionsteilnehmer gelang es jedoch, das ersehnte Ziel zu erreichen. Zwei Bergarbeiter, Mallory und der Oxford Student Irving, mußten den Versuch mit dem Leben bezahlen.

Vor drei Jahren versuchte eine deutsche Expedition unter Führung von Paul Bauer den Kangchenjunga zu besteigen. Nach mühevoller Arbeit war die Expedition in einer Höhe von 8000 Metern angelangt. Nun hieß es, einen festen Plan zum Weiterkommen auszuarbeiten. Bauer entschloß sich, einen „Nordostsporn“ zu bewältigen. Der Grat mußte einen Schritt für Schritt bezwungen werden. Ob kamen die Expeditionsteilnehmer an einem Tage nicht höher als eine Seillänge (30 Meter). Da sich jedoch der Wintermonsun mit ungeheuren Schneefällen schon sehr frühzeitig einstellte, mußte die Expedition den Rückmarsch antreten. Der Rückmarsch war jedoch kaum weniger schwierig als der Aufstieg. Immer wieder drohte die Gefahr, der Verschüttung durch eine Lawinenslawine. Die Lawinen kamen von den Hängen, rissen alles mit sich und stürzten mit donnerndem Getöse ins Tal.

Der Misserfolg entmutigte Bauer nicht. Er begann sofort mit den Vorbereitungen für eine neue Expedition. Im Juli 1931 begab sich die zweite Expedition auf den Weg. In 7925 Meter Höhe ereignete sich jedoch ein schweres Unglück, und die Expeditionsteilnehmer mußten sich wieder zur Rückkehr entschließen. Bei der Durchsteigung eines gefährlichen, steilen Giscouloirs auf dem Nordostsporn des Gipfels stürzte ein einheimischer Träger ab und riß den Münchener Schall mit in die Tiefe.

Die Liste der Versuche, die höchsten Gipfel des Himalaja zu besteigen, ist lang. Lang ist auch die Liste der Opfer, die der Himalaja gefordert hat. Die erzielten Ergebnisse stehen dazu in keinem sehr günstigen Verhältnis. Es ist vorläufig noch nichts darüber bekannt, ob Ingenieur Merkl, der Führer der Nanga-Barbat-Expedition den Versuch endgültig aufgegeben hat, oder ob er ihn noch einmal zu wiederholen gedenkt. D.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Getreidemarkt der Woche.

Die Welt-Getreidemärkte haben in der Berichtswoche noch keine Klarheit bezüglich der kommenden Preisgestaltung erfahren. Angebot und Nachfrage stehen noch in keinem geregelten Verhältnis, da ihr beiderseitiger Ausgleich, der die Weltmarktlage bestimmen soll, an mancherlei Faktoren gebunden wird. In allererster Linie sind es die großen wirtschaftspolitischen Vorgänge, die ihren Ausdruck in den zahlreichen Konferenzen der letzten Zeit gefunden haben, und die aus dem wirtschaftspolitischen Milieu in das der politischen Tendenzen hinüberwechseln. Nach Ottawa, Warschau und Stresa ist eine Stabilisierung der Verhältnisse am Weltgetreidemarkt ebenso wenig zu erwarten, wie nach der formellen Lösung des Reparationsproblems in Lausanne. Die Übersicht über die kommende Entwicklung gestaltet sich um so schwerer, als man über die tatsächlichen Mengenverhältnisse, die in den kommenden Monaten am Weltmarkt zur Verfügung stehen werden, noch sehr wenig weiß. Das "Internationale Landwirtschafts-Institut" in Rom hat zwar seine diesjährigen Schätzungen veröffentlicht, aus ihnen ergibt sich jedoch noch kein Bild. Käufer und Verkäufer suchen sich am Weltmarkt vornehmlich am Weizen-Weltmarkt nach wie vor abwartend gegenüber. Der internationale Weizen-Großhandel weist demzufolge nur geringe Umsätze auf. Die Zurückhaltung der Importeure ist in der Hauptsache auf die im Interesse der einheimischen Landwirtschaft von den einzelnen Staaten streng durchgeföhrten Einführverbote oder Verzollungen zurückzuführen. Manche europäischen Länder hoffen, wenn man den letzten Nachrichten Glauben schenkt, auf dem Gebiet des Getreideverbrauchs ein genügendes Angebot aus eigener Ernte zu haben. Es sind dies sogar Länder, die noch im Vorjahr zu den Getreide-einführenden Staaten zählten. Die Zurückhaltung am internationalen Getreidemarkt ist auch darauf zurückzuführen, daß Kanada seine Schlüsselstellung am Weizen-Weltmarkt auszunützen sucht. Der Preisdruck wäre vielleicht noch stärker gewesen, wenn Kanada nicht mit überraschend starken Angeboten zurückgehalten hätte. Von einem englischen Fachblatt wird der verfügbare Weizenüberschuß der Exportländer auf 20 Millionen Tonnen geschätzt. Der Einführbedarf der Importländer dagegen wird nur mit circa 18 Millionen Tonnen angenommen. Ein anderes englisches Fachblatt schätzt die diesjährigen Export-Überschüsse mit 32,5 Millionen Tonnen, nimmt aber den Einführbedarf der Importländer gleichfalls mit 18 Millionen Tonnen an. Der große Unterschied in der Schätzung ist dadurch zu erklären, daß noch keine Klarheit über die in Argentinien und Australien zu erwartenden Ernten besteht.

Wenn in der Vorwoche noch einige Befestigungserscheinungen am Weizen-Weltmarkt hervortraten, so war in der Berichtswoche hauptsächlich eine Preisschwäche das Hauptmerkmal. Alle leichten Anfälle zu einer Hauss-Bewegung haben nicht den geringsten Einfluß ausüben können. Die Preise fielen in Chicago leicht unter den Durchschnitt der Vorwoche.

Der deutsche Getreidemarkt konnte nach einer Schwäche in der Vorwoche eine neue Befestigung erfahren, die teilweise auf eine freundliche Aufnahme des Wirtschaftsprogramms des Reichskanzlers von Posen zurückzuführen ist. Das Bekennnis zur freien Wirtschaft hat insbesondere günstig auf die Landwirtschaft und den Getreidehandel eingewirkt. Das Inlandsangebot an Weizen und Roggen war mäßig. Die Preissteigerung muß nicht zuletzt auf die Eingangsabgabe der Mühlen und auf die groß angeführte Stützungsaktion zurückgeführt werden. Man notierte pro Tonne durchschnittlich: Märkischer Weizen 210, Roggen 163, Brau-Gerste 140.

Der einheimische Getreidemarkt stand auch in der Berichtswoche im Zeichen der Preisschwäche, die sich besonders auf den Roggenmarkt erstreckt. An der Posener Börse lagen die Roggenpreise kaum höher als 16,25, in Warschau 16,75, in Krakau 17,75 und in Lemberg 14,00 Zloty pro 100 Kilogramm. Etwas besser war Weizen behauptet. Einheitsweizen notierte: in Posen durch-

Größere schweizerische Investitionen in Polen?

Dr. Cr. Eine in letzter Zeit veröffentlichte Sondernummer der "Gazeta Handlowa" ist den Fragen des Warenaustausches und den wirtschaftspolitischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Polen gewidmet. Neben der Darstellung des Handelsverkehrs beider Staaten und der bereits durch schweizer Kapitalisten in Polen durchgeführten Investitionen verfolgt die Veröffentlichung das Ziel, die Interessenkreise beider Staaten auf die Möglichkeit und Notwendigkeit der industriellen Erschließung Polens mit finanzieller Hilfe der Eidgenossenschaft hinzuweisen.

In der Zeit von 1927 bis 1931 gestalteten sich die Ein- und Ausfuhrziffern wie folgt:

Jahr	Einfuhr aus Polen nach der Schweiz in Millionen Francs	Einfuhr aus der Schweiz nach Polen in Millionen Francs
1927	28,1	33,2
1928	22,9	48,8
1929	28,9	43,3
1930	31,5	28,6
1931	28,7	27,3

Während hiernach bis zum Jahre 1930 die Ausfuhr der Schweiz nach Polen diejenige Polens nach der Schweiz bei weitem übersieg, wird in der Folgezeit das volle Gleichgewicht erreicht. Durch die autarkischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen beider Staaten wird der gegenseitige Warenaustausch in den letzten 1½ Jahren stark beeinträchtigt. Die Einfuhr nach der Schweiz ist kontingentiert und basiert auf dem Kontingentvertrag vom 8. 5. 1932, wonach das Gesamtcontingent für Polen sich auf höchstens 20 Millionen Zloty beziehen darf. Es wurden zwar nach langwierigen Verhandlungen Polen Zusatzkontingente für Hirse, Eier, Schweine, Obst, Birne, Holz usw. gewährt, doch bleibt die Einfuhr von Erzeugnissen polnischer Provenienz nach der Schweiz stark beschränkt.

Die bestehenden schweizerischen Investitionen in Polen sind im Vergleich zu den von der "Gazeta Handlowa" angeführten Investitionen, die in Polen zwecks seiner industriellen Erschließung noch durchzuführen sind, sehr gering.

Die bedeutendsten Investitionen der Eidgenossenschaft in Polen sind von folgenden Firmen durchgeföhrt worden: Scherzer in Genf, Sauer in Arbon, Bromé-Bovet und Wandler.

Die Firma Scherzer sieht bereits längst in Handelsbeziehungen mit Polen. Sämtliche elektrische Anlagen in den Bergwerken von Dombrowa sind von ihr installiert worden. Zwischen dieser Firma und der "Polska Towarzystwo Elektryczne" (P. T. E.) besteht ein Vertrag, der sich vorerst auf die Lieferung von Material für polnische Straßenbahnen erstreckt.

Das Automobilunternehmen Sauer in Arbon gründete im Jahre 1929 eine Niederlassung in Polen. Im Jahre 1930 kam zwischen dieser Firma und den "Państwowe Zakłady Izynierii", die Personenwagen und Motorräder herstellen, ein Vertrag zu Stande, wonach die Ingenieure des polnischen Unternehmens das Recht der Montage von Automobilen der Marke "Sauer" in Polen erwarben, ferner wurde dem polnischen Unternehmen das Recht der Ausfuhr dieser Kraftwagen nach den baltischen Provinzen erkannt. Auf Grund des Abkommens wurde dem polnischen Unternehmen durch die Vermittlung des Verbandes der Banken in Zürich eine Anleihe in der Höhe von 1 Mill. Dollar gewährt.

schnittlich 25,00, in Warschau 29,00, in Krakau 29,50 und in Lemberg 32,00. Die leichten vom Statistischen Hauptamt in Warschau veröffentlichten diesjährigen Ernteschätzungen haben eine klarere Übersicht über die mutmaßliche Getreidegestaltung gebracht, sofern natürlich die augenblicklichen Bedingungen sich nicht ändern. Man erwartet in Großhändlerkreisen allgemein eine Preiserholung für Weizen, und da ein nennenswerter Fehlbetrag für diese Getreideart besteht, so hofft man, daß eine Weizenpreisaufsetzung auch den Roggen günstig beeinflussen dürfte. Diese Frage wird jedoch nicht zuletzt eine Frage des erforderlichen Weizenkonsums sein.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 7. September auf 5,9244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 7½% der Lombard-Zins 8½%.

Der Zloty am 6. September. Danzig: Überweisung 57,57 bis 57,70, bar 57,59–57,71, Berlin: Überweisung, große Scheine 46,90–47,30, Wien: Überweisung 78,31–79,79, Prag: Überweisung 377,60–379,60, Zürich: Überweisung 57,90, London: Überweisung 31,00.

Warschauer Börse vom 6. Septbr. Umsätze, Verkauf – Kauf. Belgien 123,80, 124,11 – 123,49, Belgrad – Budapest, Bulgaristan – Danzig, Helsingfors – Spanien – Holland 338,90, 359,86 – 358,00, Japan – Konstantinopel – Kopenhagen – London 31,00, 31,15 – 30,85, New York 8,919, 8,939 – 8,999, Oslo – Paris 34,97, 35,06 – 34,88, Prag 26,28%, 26,45 – 26,32, Riga – Sofia – Stockholm – Schweiz 172,65, 173,08 – 172,22, Tallinn – Wien – Italien 45,80, 46,02 – 45,58.

Freihandelsturz des Reichsmarkt 212,10.

Berlin, 6. September. Amtl. Depositenkurse. New York 4,209–4,217, London 14,625–14,665, Holland 169,53–169,87, Norwegen 73,28–73,42, Schweden 74,97–75,13, Belgien 58,335–58,455, Italien 21,63–21,67, Frankreich 16,495–16,535, Schweiz 81,41–81,57, Prag 12,465–12,485, Wien 51,95–52,05, Danzig 81,97–82,13, Warschau 46,90–47,30.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,89 Zl., do. II. Scheine 8,87 Zl., 1 Pfld. Sterling 30,80 Zl., 100 Schweizer Franken 171,97 Zl., 100 franz. Franken 34,83 Zl., 100 deutsche Mark 209,50 Zl., 100 Danziger Gulden 173,02 Zl., tschech. Krone –, Zl. österr. Schilling –, Zl.

Produktionsmarkt.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörsen Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 29. August bis 4. September 1932 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	28,86	16,80	18,00	16,10
Krakau	27,37½	17,40	—	14,92
Polen	25,54	15,70	19,50	12,87½
Lemberg	26,87½	16,18½	—	14,50
Lublin	27,73	15,90	18,62½	14,62½
Auslandsmärkte:				
Berlin	44,24	34,13	37,88	29,47
Hamburg	21,13	14,83	14,22	15,95
Paris	39,21	26,93	22,83	20,98
Brüssel	37,81	24,35	21,01	18,67
Danzig	26,45	17,40	20,01	15,66
Wien	43,67	29,57	34,69	25,63
Liverpool	20,67	—	—	22,60
New York	—	—	—	—
Chicago	17,98	13,17	12,64	11,57
Buenos Aires	25,72	—	—	21,05

Warschau, 6. September. Getreide, Mehl und Futtermittelabflüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 kg. Parität Warschau: Roggen 16,75–17,00, Einheitsweizen 28,50 bis 29,00, Sammelweizen 28,00–28,50, Einheitshafer 16,50 bis 17,00, Sammelhafer 15,25–15,75, Grünergerste 16,00–16,50, Brauengerste 17,50–18,50, Speiserohrgerste 27,00–30,00, Bittoriaherben 21,00–23,00, Rottlee ohne Flachsleide bis 97%, gereinigt —, roher Weizklee 12,00–16,00, roher Weizklee bis 97%, gereinigt 16,00–20,00, Luxus-Weizklee 48,00–53,00, Weizenmehl 4/0 43,00–48,00, Roggenmehl I 31,00–33,00, Roggenmehl II 24,00–27,00, Roggenmehl III 23,00–25,00, grobe Weizklee 11,50–12,00, mittlere Weizklee 10,50–11,00, Roggenklee 8,75–9,25, Leintuchen 19,00–20,00, Rapsflocken 15,00–16,00, Sonnenblumenflocken 16,00–16,50, doppelt gereinigte Seradella —, blaue Lupinen 15,00–16,00, gelbe Lupinen 20,00–22,00, Peluschen —, Wiese 25,00–26,00.

Umsätze 1009 to, davon 292½ to Roggen. Tendenz: ruhig.

Die Tätigkeit des Unternehmens "Brown-Boveri" in Polen datiert seit 1910, und erstreckte sich in der Vorkriegszeit auf die Durchführung von elektrischen Installationen. Im Jahre 1921 wurde das Unternehmen "Polskie Zakłady Elektryczne Brown-Boveri" mit dem Sitz in Warschau gegründet. In der Folgezeit errichtete diese Firma 2 Fabriken in Bychlin und Cieśzin, die zusammen 1100 Arbeiter beschäftigen, und an der Spitze der Elektrotechnikindustrie Polens stehen. Im Jahre 1930 wurde vom schweizerischen pharmazeutischen Konzern Dr. Wander eine Fabrik in Krakau gegründet. Die Gesamteinvestitionen der Schweiz in Polen werden auf ca. 850 Millionen Zloty veranschlagt.

Von den in Polen der Durchführung harrenden Investitionen greift die "Gazeta Handlowa" die wichtigsten heraus, und zwar in erster Reihe den Bau von Eisenbahnlinien und Bogen. Nach einem Investitionsplan, der Ende 1931 vom Ministerium für öffentliche Arbeiten dem Volksbund unterbreitet wurde, beauftragt sich die Kosten für den geplanten Bau von Bogen in den nächsten 4 Jahren auf 600 Mill. Zloty, für den Ausbau von Telefonanlagen auf 140 Mill. Zloty, für den Bau von hydroelektrischen Stationen und anderen elektrischen Anlagen in den nächsten 10 Jahren auf 280 Mill. Zloty. Die Kosten der nötigen Investitionen in den größten Städten werden auf 750 Mill. Zloty innerhalb von 5 Jahren veranschlagt. Schließlich rechnet für die wichtigsten Investitionen noch die Bautätigkeit. Die zur Durchführung der dringendsten staatlichen und kommunalen Investitionen (ohne Eisenbahnen und Privatindustrie) erforderliche Summe wird auf 1850 Mill. Zloty geschätzt.

Wie erwähnt, wird von der "Gazeta Handlowa" der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Schweiz unter den europäischen Staaten am ehesten berufen sei, die industrielle Erschließung Polens vorzunehmen. Daß in dieser Richtung bis in die Gegenwart nur wenig von der Schweiz unternommen wurde, röhrt daher, daß in beiden Staaten, sowohl in Polen, als auch in der Schweiz, eine weitgehende Unkenntnis über die gegenseitige wirtschaftliche Entwicklung herrscht. Polen steht in der Schweiz ein wunderschönes Land, dessen mit ewigem Schnee bedeckte Berge und feste blaue Seen dem Menschen ästhetischen Genuss und Ruhe verschaffen. Es vergibt dabei, daß die Schweiz zugleich ein hochentwickeltes Industrieland ist, das trotz der Krise über einen gewaltigen Goldbestand verfügt. Eine ähnliche Unkenntnis über die wirtschaftliche Bedeutung Polens herrscht in der Schweiz. Die "Gazeta Handlowa" glaubt, durch eine geschickte Propaganda, durch die Errichtung von Konzernen und Handelskammern in der Schweiz seien die Schweiz und Polen einander wirtschaftlich näher zu bringen.

Diese optimistische Auffassung der "Gazeta Handlowa", insbesondere über die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz in den letzten Jahren, kann nicht geteilt werden. Die "Gazeta Handlowa" überstieht, daß die Schweiz keineswegs eine wirtschaftliche und finanzielle Oase inmitten der europäischen Staaten darstellt. Die Wellen des allgemeinen Konjunkturabfalls überstießen auch die Schweiz. Gewiß haben die Kapitalzuführungen nach der Schweiz, insbesondere aus den Inflationstaaten, es der Eidgenossenschaft ermöglicht, die Industrialisierung zu beschleunigen. Allein diese Industrialisierung hat die Wirtschaft der Schweiz in eine extreme Verziehung mit der Weltwirtschaft gebracht. Diese zog die Schweiz in den allgemeinen Verfall der Konjunktur hinein. Eine Stockung der Produktion, eine Steigerung der Arbeitslosen, ziffern, eine Minderung der Ein- und Ausfuhrziffern machen sich in immer größerem Umfang bemerkbar. Die Schrumpfung des Außenhandels spiegelt sich auch in dem Status der schweizerischen Großbanken wieder. Für das 1. Quartal 1932 zeigt die Bilanzsumme der 8 größten Banken eine rasche Minderung. Eine ähnliche Entwicklung läßt sich bei den Akzeptverbindlichkeiten, bei den Sparkassen und Depositenlinien feststellen. Das Anwachsen der Guthaben bei den Banken ist kein Zeichen gesunder Liquidität. Die Gelder sind meist kurzfristig in den Banken angelegt. Angeknüpft dieser Entwicklung in der Schweiz ist es mehr als fraglich, daß die Banken geneigt sein könnten, gegenwärtig in Polen riskante langfristige Investitionen durchzuführen.

jüngere und gut genährte Kälber 92–100, Mastälber 92–100, gut genährte 80–90, mäßig genährte 70–76. Schafe: Stallschafe: Mastlämmere und jüngere Masthamme 70–72, gemäßigte, ältere Hammel und Mutterschafe 56–60, gut genährte 44–48, mäßig genährte 44–48. Junghamme: gut genährtes 44–48, mäßig